Alhambra

Zeitung und Programm März 2005

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Oldenburg, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy, ...

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

I literaturseite 2

schöner leben ohne kameras 4

N überwachte identität: individuelle merkmale reisen in zukunft mit 6

H verschuldung als menschenrecht 8

A antidemokrat und hitlergegner - paul weber 10

anschläge auf centri sociali 13

L aidszentrum soliparty 14

T veranstaltungen:
anarchistInnen in brasilien / 1.mai-diskussion 15

Ein Film der Video Gruppe **La Strada**

BRD 98 /46 Minuten.

Die neue A Klasse.

Am 5.Feb. 98 begannen die bundesweiten Aktionstage der Arbeitsloseninitiativen. Wie in vielen Städten der BRD wehrten sich auch die Oldenburger Erwerbslosen gegen zunehmende Schikane, Kontrolle und Leistungskürzungen.
Sie besetzten u.a. das Arbeitsamt, besuchten die Deutsche Bank, und kauften zum Null Tarif beim Plus Markt in Oldenburg ein.
Rückblickend zeigt der Film noch einmal mit wie viel Wut und Mut die Erwerbslosen damals auf die Straße gegangen sind, und den Herrschenden Paroli geboten haben. Heute wo Harz 4 und 1Euro Jobs viele Menschen in die Armut treiben, gibt es nur sehr wenig Protest und Widerstand auf der Straße.
Was können wir tun damit sich diese Situation ändert.

Das wollen wir mit Euch und den Mitstreitern von der **Also** im Anschluss an den Film diskutieren.

Wo ?? **Alhambra** am 21.03 05

Antifa-Cafe um 20 Uhr30

ES HEULT DER WOLF
ES GRILLT DIE GRILLE

ES IST IHR UNGEBREMSTER WILLE

WENN DER MOND
AM HIMMEL
SCHEINT
DER WELT ZU
SAGEN WAS MAN
MEINT.
MIT SEINEM LICHT

WENN DER MOND
MIT DER NACHT
AUF ERDEN SPRICHT
SOLLTEN AUCH
WIR ZWEI
MAL SPRECHEN
OHNE UNS ZU
UNTERBRECHEN

RB 04

RB 12.04

SCHÖNER LEBEN
Konzeptpapier der
Dresdner Gruppe „Spot off“
OHNE KAMERAS

(Un)Sicherheiten im Postfordismus

Die Krise des fordistischen Wohlfahrtsstaates und die sich daran anschließende Neuorganisierung der Gesellschaft unter dem Dogma des Neoliberalismus ließen eine breite Palette neuer Unsicherheiten entstehen. Nachdem das wohlfahrtsstaatliche Versprechen der gesellschaftlichen (Re-)Inklusion von kurzzeitig sozial Ausgeschlossenen (bspw. wegen Arbeitslosigkeit) oder zumindest deren angemessene staatliche Kompensierung mit dem Siegeszug des Neoliberalismus weggefallen ist, wird sozialer Ausschluss nicht mehr als Unfall, sondern als Normalfall betrachtet. Gesellschaftliche Verantwortung wird negiert; es liegt kein strukturelles Problem mehr vor, sondern die Schuld wird allein beim Individuum verortet. Wer es nicht schafft, dem/ der fehlt die Kompetenz zur verantwortungsvollen Lebensführung. Wer diese nicht ausweisen kann, dem/ der muss durch staatlichen Zwang nachgeholfen werden, sei es durch Arbeitspflicht, Sozialkürzungen oder Gefängnis.

Kontrollpolitik als Sozialpolitik als Kontrollpolitik

Der Abbau des Wohlfahrtsstaates findet dabei seine Ergänzung in der Aufrüstung der staatlichen und nicht-staatlichen Kontrollstrategien. Die Sicherheitsstrategien folgen allerdings einem neuen Wirkungsmuster. Während bis zum 19. Jahrhundert die Kontrolle des Körpers durch physischen Zwang (Verbringung des Körpers an Orte wie Gefängnis, Fabrik oder Psychiatrie) vorherrschend war, ist seitdem eine Zunahme von Maßnahmen zur Kontrolle des Willens zu verzeichnen. Für den von Foucault als Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft bezeichneten gesellschaftlichen Prozess steht paradigmatisch das von Bentham entwickelte panoptische Gefängnis . Diese Kontrollgesellschaft wird heutzutage vor allem von einem allumfassenden Sicherheitsdiskurs legitimiert: Der Zunahme gesellschaftlicher Risiken wird „Sicherheit" als ständig versprochener und angestrebter, alle Lebensbereiche umfassender, aber trotzdem immer unerreichter Zustand entgegengesetzt. Sicherheit wird zu einem Schlüsselkonzept und konstitutiven Symbol moderner Gesellschaften. Die Produktion von (Un)Sicherheit wird von unterschiedlichen Akteuren vorangetrieben, die mit teilweise differierenden Interessen an dem Diskurs und seiner gesellschaftlichen Umsetzung beteiligt sind. Ängste und Verunsicherungen werden politisch und ökonomisch ausgenutzt und als Herrschaftsstrategie etabliert: Die Einforderung von Flexibilität ist Ausdruck davon. Das flexible Unternehmen arbeitet gerade mit der Angst vor dem Abstieg und beutet diese Situation ganz bewusst für die eigenen Interessen aus.

Gleichzeitig äußert sich ein medial verstärktes Bedürfnis nach Sicherheitsmaßnahmen in der Bevölkerung. Auf dieses subjektive (Un)sicherheitsempfinden der Menschen und nicht mehr auf reale Bedrohungen wird verwiesen, um härtere Kontrollmaßnahmen und Strafverschärfungen zu fordern oder zu legitimieren.

Die Forderung nach mehr Sicherheit wird durch staatliche und private Angebote in Form von Überwachungstechnologien, Gesetzespakete oder Kompetenzerweiterungen des BGS etc. beantwortet. Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen werden nicht mehr von einem einzelnen Akteur (Staat) initiiert, sondern von einer Vielzahl von Akteuren angeboten. Wir können daher nicht mehr von einem Überwachungsstaat sprechen, sondern von einer Überwachungsgesellschaft.

Der zunehmende Diskurs über Sicherheit und Kriminalitätsfurcht ist vor allem ein Diskurs über urbane Unsicherheiten. Die Stadt ist der Ort an dem die meisten soziale Konflikte ausgetragen werden und in dem soziale Veränderungen am deutlichsten an die Oberfläche treten.

Unsicherheiten werden häufig aber nicht an den eigenen sozialen Lebensbedingungen festgemacht, sondern an „Verwahrlosungserscheinungen" und „Unordnung" im öffentlichen Raum. Graffitis, Müll, laute Jugendliche, Kleinkriminalität werden als Bedrohung empfunden und dienen als Projektionsfläche für gesellschaftliche Unsicherheiten. Das Gefühl von Unsicherheit wird dabei oftmals mit Menschen in Zusammenhang gebracht, die in irgendeiner Art und Weise von der Norm abweichen. Städtische Verunsicherung kann daher als Angst der Privilegierten und der Integrierten vor den Marginalisierten und Benachteiligten interpretiert werden. Von ersteren wird behauptet, sie hielten den öffentlichen Raum besetzt, weshalb vor allem die City und die innenstadtnahen Bezirke für die Mittelschichten unter dem ideologischen Paradigma „Rückeroberung der öffentlichen Räume" interessant gemacht und aufgewertet werden.

Warum wir vom umkämpften Raum sprechen

Dabei geht es nicht um die Wiederherstellung von Öffentlichkeit, sondern um die Verschiebung von Herrschaftsbereichen: Bestimmte Personengruppen sollen von der Benutzung von Räumen ausgeschlossen, damit sie für andere begehbar und nutzbar werden. Tatsächlich öffentlich waren städtische Räume aber auch in der Vergangenheit nicht. Verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist schon immer das Recht auf Stadt streitig gemacht worden: Frauen, Juden und Jüdinnen, Armen oder Jugendlichen. Herrschaftsverhältnisse spiegeln sich also auch in der Definition öffentlicher Räume wieder und machen sie daher vor allem zu umkämpften Räumen. Die derzeitige Entwicklung wird daher auch als „Revanchismus der Mittelklassen" charakterisiert: der absturzgefährdeten Mittelklasse soll der öffentliche Raum mithilfe von privaten und staatlichen Kontrollstrategien zurückerobert werden. Herrschaft über den Raum ist eines der exklusivsten Mittel der Herrschaftsausübung, da sich die Manipulation der räumlichen Verteilung von Gruppen als Instrument der Manipulation und Kontrolle der Gruppen selbst durchsetzen lässt.

Exklusion und verstärkte Kontrolle

Um die „Rückeroberung" durchzusetzen werden zwei Strategien angewendet: die Exklusion und die verstärkte Kontrolle. Exklusion als sozialer Ausschluss soll bestimmte Gruppen von der Benutzung überhaupt ausnehmen. Beispiele dafür sind architektonische Beschränkungen (bspw. helle Räume oder verkehrstechnische Maßnahmen), aber auch die (de facto) Privatisierung von ehemals öffentlichen Räumen, die zu veränderten rechtlichen Voraussetzungen geführt hat: Auf den Bahnhöfen, in Shoppingmalls und z.B. auf dem Potsdamer Platz findet jetzt das Hausrecht des Eigentümers Anwendung und wird durch private Sicherheitsdienste vollstreckt. Unerwünschte Personen lassen sich dann ohne weiteres durch Hausverbote fernhalten. Einschätzungen, wer als erwünscht oder als unerwünscht zu gelten hat, richten sich nur nach den Umsatzkriterien des Unternehmers. Auch so genannte kommunale „Bettelsatzungen" gehören dazu - sie verbieten das aggressive Betteln und das Trinken oder Schlafen in der Öffentlichkeit: Bei Verstoß droht Geldbuße, Verbringungsgewahrsam und Aufenthaltsverbot. Ziel der verstärkten Kontrolle als zweite Strategie ist es dagegen, nichterwünschtes Verhalten zu unterbinden bzw. sichtbar in Schach zu halten: verdachtsunabhängige Passkontrollen an so genannten gefährlichen Orten, verstärkte Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten, rassistische Kontrollen durch den BGS auf Bahnhöfen und im grenznahen Gebiet gehören dazu. Und die Überwachung durch Videokameras.

Warum sind wir gegen Videoüberwachung?

Neu ist Videoüberwachung nicht; sie wird in der BRD bereits seit den siebziger Jahren - offiziell - als Verkehrslenkung, aber auch für die Überwachung von Demonstrationen eingesetzt. In der DDR waren Kameras auch keine Seltenheit; sie dienten der gezielten Überwachung „relevanter" öffentlicher Räume. Videokameras Privater existieren, solange es die Videotechnik gibt; ihr Einsatz an der Schnittstelle von Objektschutz und öffentlich begehbaren Raum machen sie besonders brisant. Erst seit den neunziger Jahren findet die Videokamera auch Anwendung als präventiv-polizeiliche Maßnahme zur Verhaltenskontrolle und -normierung. Vorreiter war 1999 die Stadt Leipzig; mittlerweile ist die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen in den meisten Polizeigesetzen festgeschrieben.

Videoüberwachung betrifft grundsätzlich alle, die sich an dem Ort aufhalten oder ihn durchqueren; nur die Intensität differiert: nach britischen Untersuchungen sind vor allem Jugendliche (in Gruppen) und Angehörige ethnischer oder subkultureller Minderheiten von gezielter Observation (und anschließendem Polizeieinsatz) betroffen. Die Unsicherheit, nach welchen Kriterien gezielt beobachtet wird und wann für den Beobachter eine zu sanktionierende Abweichung anfängt, bleibt und schafft dadurch die Möglichkeit der Verhaltenssteuerung. Wir denken nicht, dass Videoüberwachung die schärfste Maßnahme im staatlichen und privaten Arsenal der Kontrollstrategien darstellt, das Grenzregime und der Arbeitszwang z.B. wirken viel existenzieller. Allerdings fand und findet insbesondere zur Überwachung durch Kameras eine öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung statt, auch wenn die verschärften Sicherheitsmaßnahmen und die Rücknahme von Freiheitsrechten insgesamt auf einen breiten Konsens stoßen. Wir hoffen, dass die potentielle Betroffenheit von Vielen Möglichkeiten schafft, über einen kleinen Kreis hinaus Kontrollstrategien und Ausschlussmechanismen zu diskutieren und Handlungsansätze zu entwickeln.

So what?

In der Linken findet seit einigen Jahren eine Auseinandersetzung mit den sich verschärfenden gesellschaftlichen Verhältnissen in den Städten statt. Ein Schritt in dieser Auseinandersetzung waren z.B. die Innen!Stadt!Aktion! gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung. Initiativen wie City.Crime.Control, urbane panik und verschiedene Gruppen gegen Videoüberwachung arbeiten zu Verdrängungspolitiken, Kontrollpraxen kommunaler und privater Sicherheitsdienste, Privatisierung der Bahnhöfe. Daran wollen wir anknüpfen.

Dabei dient uns Videoüberwachung nur als Aufhänger zur Thematisierung des Zusammenhangs zwischen dem Ende des fordistischen Wohlfahrtsstaates und der kontrollpolitischen Verwaltung des Elends. Wir wollen den aktuellen Sicherheitsdiskurs entlarven, als das was er ist: eine Ablenkung von den tatsächlichen Ursachen für Unsicherheiten, die die allgemeinen Lebensverhältnisse zeichnen oder noch zeichnen werden.

Wir streben eine Kooperation mit Betroffeneninitiativen und anderen politischen oder künstlerischen Gruppen an. Dabei verstehen wir uns weder als StellvertreterInnen von so genannten Betroffenen, noch wollen wir durch genaue Benennung und Kategorisierung die polizeiliche Erfassungslogik nachahmen. Denn sie arbeit mit an einem Konsens, einer gemeinsamen Vorstellung davon, wer gemeint ist, wenn von „unerwünschten Personengruppen" die Rede ist und stützt gesellschaftliche Konstruktionen von exludierten Personengruppen. Wir wollen viel lieber die Vorstellungen von Normalität bekämpfen, entlang derer Ein- und Ausschlüsse entstehen. Wir bestehen auf einer Heterogenität der Gesellschaft. Wir fordern das Recht auf Abweichung ein, sowie das Recht auf Stadt, also das Recht nicht von städtischer Zentralität ausgeschlossen und in Randzonen abgedrängt zu werden.

Handlungsansätze könnten z.B. Interventionen bei rassistischen Kontrollen des BGS auf Bahnhöfen sein, das temporäre Funktionsunfähigmachen von Kameras, das bewusste PLATZNEHMEN oder „Herumlungern" in Räumen, die dem Konsumieren vorenthalten sind, das Erschließen neuer Plakatierflächen durch Wildplakatieren - auch das eine Einforderung von öffentlichen Raum etc.. Ebenso lassen sich Anbieter von Überwachungstechnologie, Biometrieunternehmen oder private Sicherheitsdienste ins Visier nehmen.

Literaturhinweise:

- StadtRat (Hg.): Umkämpfte Räume - Städte & Linke, Verlag Libertäre Assoziation Verlag der Buchläden Schwarze Risse- Rote Strasse 1998
- Mike Davis: City of Quartz - Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse 1999
- JungdemokratInnen/Junge Linke: Freiheit stirbt mit Sicherheit - Handbuch gegen Überwachung und Ausgrenzung, Karin Kramer Verlag 2001
- Jochen Becker (Hg.): bignes? Kritik der unternehmerischen Stadt, b_books Berlin 2001
- Neue Geselischaft für bildende Kunst (Hg.): AG BAUSTOP-RANDSTADT - aggressives, nichtakkumulatives städtisches handeln auf knapp 300 Seiten, b_books Berlin 1999

== Spot Off==
[Nummer:05/2002]

Überwachte Identität: Individuelle Merkmale reisen in Zukunft mit

Die Geschäftsleute am Flughafen Frankfurt am Main freuen sich.
Dank eines Irisscanners müssen die Testpersonen in einem groß angelegten Versuchs nicht mehr Schlange stehen. Nur einen Augenaufschlag später haben sie die Passkontrolle passiert und erreichen den Warteraum.Dass die Iris auch Informationen über mögliche Erkrankungen hergibt, ist diesen Flugpassagieren egal. Hauptsache sie kommen bequemer zu ihrem Termin.
Auch Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ist zufrieden. Ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland unterstützt die Aufnahme biometrischer Merkmale in den Reisepass ab Ende dieses Jahres. Nach dem Motto »wir haben ja nichts zu verbergen« werden empfindliche Daten wie Fingerabdrücke und digitale Fotos für Gesichtsscans freimütig preisgegeben – alles für eine vermeintlich höhere Sicherheit.Terroristen lauern schließlich an jeder Ecke.
Politik und Medien sorgen mit ihren Berichten über eine vermeintlich steigende Terrorgefahr für ein wachsendes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung. Gesetzesverschärfungen »im Kampf gegen Terror« – wie schon kurz nach den Anschlägen vom 11.September in Angriff genommen – werden daher oftmals begrüßt. Und die Argumentation,dass Personaldokumente mit gespeicherten biometrischen Merkmalen künftig eine größere Sicherheit garantieren,fällt auf fruchtbaren Boden.

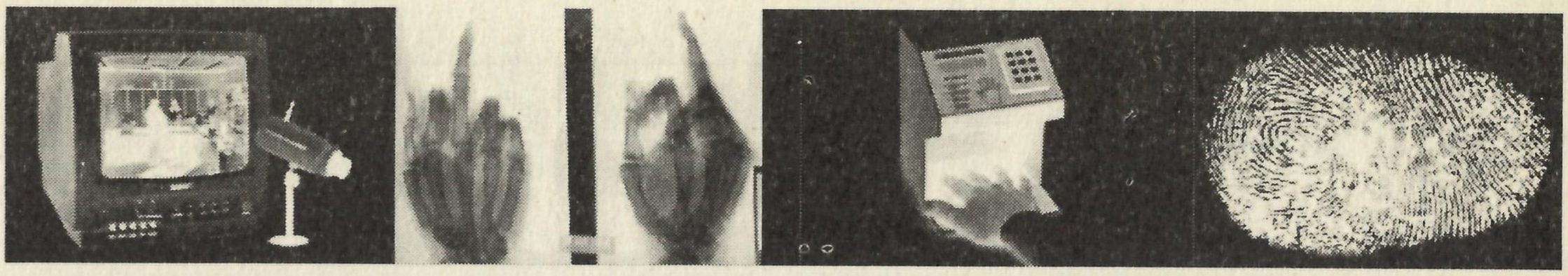
Vorgeschobene Argumente

Ein kausaler Zusammenhang zwischen internationalem Terrorismus und deutschen Ausweisen bestand allerdings weder in der Vergangenheit,noch ist er in Zukunft in irgendeiner Weise naheliegend,wie der Rechtsanwalt und Fachbuchautor Fredrik Roggan in seinem Handbuch zum Recht der inneren Sicherheit unterstreicht. Nach Erkenntnissen des Anwalts ist die geplante Datenerhebung unverhältnismäßig. Auch das Argument der Fälschungssicherheit sei von der Bundesregierung nur vorgeschoben. Denn bislang wurden keine nennenswerten Fälle von Ausweisfälschungen bekannt.
Die biometrische Erfassung ist zudem eine grandiose Misstrauenserklärung an die Bevölkerung, wie der Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner sagt. »Sie degradiert den Menschen zum bloßen Objekt staatlicher Sicherheitspolitik – ohne dass dies auch nur durch eine irgendwie geartete,Gefahrennähe'des einzelnen gerechtfertigt wäre.« Alle,die künftig einen Ausweis beantragen, müssen sich somit behandeln lassen,wie bislang nur Tatverdächtige oder Kriminelle für eine Erkennungsdienstliche Behandlung.
Ein Lachen auf dem Passfoto wird künftig übrigens verboten sein – offene Münder oder blitzende Zähne könnten nämlich die Scanner irritieren, wie Gössner erläutert. Ebenso getönte Brillenreflektierende Gläser oder wilde Frisuren.Lediglich ein leichtes Grinsen mit geschlossenen Lippen und bei ansonsten neutralem Gesichtsausdruck werde noch statthaft sein.
Innenminister Schily beruft sich bei der Aufnahme biometrischer Merkmale in den Reisepass gerne auf den spanischen Staat.Allerdings verschweigt er, dass es sich bei den Fingerabdrücken in spanischen Ausweisen um ein Relikt aus faschistischen Zeiten handelt.Schon im Jahr 1940 führte Diktator Franco den Personalausweis mit gespeicherten Prints ein. Damit war erstmals die zwangsläufige Erfassung jedes Einzelnen zwangsläufig verbunden.
Nicht nur in Ausweisdokumenten – die Biometrie tritt zur Zeit auch in anderen Sparten ihren Siegeszug an. Erste Video-Läden und Kneipen haben die Technologie bereits für sich entdeckt. Zahlung per Fingerabdruck oder mit einem Augenzwinkern ist in solchen Etablissements kein Problem mehr.Und die Kunden sind begeistert. Doch nicht jeder möchte seine biometrischen Merkmale für etwas Bequemlichkeit oder »Sicherheit« derart freizügig hergeben. Und die neue Technologie ist – noch – nicht so gut wie sie scheint. Geschickte Tüftler finden daher immer wieder Lücken im Sicherheitssystem. »Fingerabdrücke beispielsweise lassen sich sehr leicht fälschen«,sagt der Sprecher des Chaos Computer Club, Lars Weiler. Eine entsprechende Anleitung haben die Hacker bereits im Internet veröffentlicht.
Gut erhaltene Prints findet man demnach an Gläsern oder Türklinken. Diese werden sichtbar gemacht, digitalisiert, auf Folie gedruckt und schließlich als Vorlage für eine Attrappe benutzt (siehe Infokasten). Die Fälschung kann mit Maskenkleber unauffällig auf den eigenen Finger geklebt werden. Die Club-Mitglieder haben diese Methode schon mehrfach getestet – immer mit Erfolg.Fingerabdruckscanner haben sich in der Vergangenheit auch schon mit einfacheren Methoden überlisten lassen. So hat bei manchen Geräten bereits simples Anhauchen gereicht:Dadurch wurden die Print-Fettrückstände des vorigen Nutzers reaktiviert.

Ablesbare Krankheiten

Die aufwändigen Irisscanner gelten als sicherste Identifikationstechnik. Dabei wird eine Aufnahme der Regenbogenhaut gemacht und vermessen.Neben den Identifikationsmerkmalen lassen sich an der Iris aber auch Krankheiten eines Menschen ablesen. Die Missbrauchsmöglichkeiten sind immens:So könnten beispielsweise Sicherheitsfirmen am Flughafen die biometrischen Daten speichern und an Banken,Versicherungen oder an den Arbeitgeber weitergeben. Anfangs konnten Irisscanner schon von einer auf Papier gedruckten Iris in die Irre geführt werden. Inzwischen sind die Laser etwas feiner geworden. »Kontaktlinsen mit aufgemalter Iris etwa sind zu grob und haben daher kaum noch Chancen,einen Scanner zu überlisten«,sagt auch Weiler. Besser dürfte seiner Ansicht nach die Täuschung mit Glasaugen funktionieren.Falsche Wimpern und sogar Tränen in den Augen reichen dagegen immerhin schon aus,die Geräte zu irritieren.

Ebenfalls nicht unfehlbar sind Gesichtsscanner.Das Gerät beschränkt sich bei der Analyse auf Kinn, Mund, Nase



oder Augen.Veränderliche Merkmale wie Bart oder Brille bleiben außen vor.Bei Tests auf amerikanischen Flughäfen erwiesen sich die Resultate jedoch als zu ungenau. Auch eine professionelle Maske lässt die modernen Geräte meist alt aussehen.

Eins der wichtigste Elemente bei der Speicherung biometrischer Daten ist die Radio Frequenz Identifikation (RFID). Entsprechende Chips – mit einer Größe von nur 0,5 Quadratmillimetern – sollen künftig in Reisepässen enthalten sein. Ein RFID-Chip speichert bis zu 100 Kilobyte Daten,etwa Fotos und Fingerabdruck des Passinhabers. Diese persönlichen Informationen können auch unbemerkt ausgelesen werden. »Die Reichweite des Chips ist nicht bekannt«,gibt Weiler zu bedenken. »Sie kann bei wenigen Zentimetern aber auch durchaus bei mehreren Metern liegen«. Mit einer Antenne werden zur Datenabfrage elektromagnetische Strahlen ausgelöst, was zur Folge hat, dass der Chip die biometrischen Daten preisgibt.»Eine Manipulation des Chips ist aufgrund eines über die Daten gelegten Algorithmus jedoch eher schwierig«,sagt Weiler.

Schnell noch einen Pass beantragen

Wer technisch nicht so versiert ist,kann die Speicherung seiner individuellen Daten zunächst verzögern.Ein digitales Foto soll voraussichtlich erst Ende 2005 in den Reisepass aufgenommen werden; der Fingerabdruck etwa eineinhalb Jahre später.Wer sich also im kommenden Jahr noch ein Reisedokument besorgt,bleibt – je nach Alter – erstmal fünf bis zehn Jahre unbehelligt.Eine Reise in die USA wird ohne die Abgabe des Fingerabdrucks jedoch nicht mehr möglich sein.

Dauerhaft lässt sich die Registrierung der eigenen biometrischen Merkmale jedoch wohl kaum verhindern.»Wir wissen noch nicht im Einzelnen, was passieren wird, wenn man sein biometrisches Merkmal bei Pass- oder Ausweisbeantragen nicht abgeben will. Die entsprechenden Ausführungsgesetze fehlen noch«, sagt Gössner. »Aber ich denke, dass ohne die dann gesetzlich festgelegten Merkmale kein Ausweispapier ausgestellt wird.«

Die biometrischen Merkmale sollen nach Angaben des Rechtsanwalts in dezentralen Hintergrunddateien der Länder beziehungsweise Kommunen gespeichert werden.Dort können sie mit ganz anderen Dateien verglichen werden, wie etwa Fingerabdruckdateien, die im Zusammenhang mit Asylbewerbungen und zur Kriminalitätsbekämpfung angelegt worden sind.Auch ein Abgleich mit digitalisierten Videoaufnahmen, die im öffentlichen Raum erstellt worden sind,ist möglich. Wie das funktioniert, wurde in den USA bereits eindrücklich unter Beweis gestellt.Beim Football-Endspiel Super Bowl im Februar 2001 in Tampa (Florida) wurden alle 75.000 Menschen im Stadion mittels Videotechnik erfasst und die Aufnahmen mit Fahndungsdateien verglichen. Einen Sturm der Entrüstung löste die Aktion bei den angeblich so freiheitsliebenden US-Amerikanern übrigens nicht aus.

Fingerabdrücke entstehen durch das Anhaften von Fett- und Schweißrückständen. Um sie sichtbar zu machen, nimmt man farbiges Pulver und verteilt es mit einem weichen Pinsel vorsichtig über den Abdruck, so dass es am Fett haften bleibt.

Eine andere Möglichkeit ist, eine kleine Menge von Cyanoacrylat in einen Flaschenverschluss zu gebén und diesen über den Abdruck zu stülpen. Der ausgasende Stoff reagiert mit den Fettrückständen des Fingerabdrucks zu einer festen weißen Substanz.

Nun werden die sichtbaren Abdrücke mit einer Kamera oder einem Scanner digitalisiert und grafisch nachbearbeitet. Dann werden die Bilder mit einem Laserdrucker auf Folien gedruckt. Dabei lagert sich der Toner zu dreidimensionalen Strukturen ab, die schließlich als Abformgrundlage verwendet werden können. Als Material für die Attrappe eignet sich Holzleim besonders. Setzt man diesem ein kleine Menge Glycerin zu, erhöht man den Feuchtigkeitsgehalt des Leims, wodurch er besser zu Verarbeiten ist. Anschließend bringt man die Masse in einer dünnen Schicht auf die Form. Nach dem Trocknen zieht man sie von der Folie ab und schneidet sie auf Fingergröße. Mit Maskenkleber wird der neue Fingerabdruck auf den eigenen Finger geklebt.

Mehr Infos gibt es auf der Internetseite des Chaos Computer Club unter www.ccc.de

Künftig auch in Deutschland: Pass mit Prints

Verschuldung als Menschenrecht

Die UNO hat das Internationale Jahr des Kleinkredits ausgerufen. Finanzdienstleister erwarten einträgliche Geschäfte mit der Armut

Sie sind knapp bei Kasse und möchten Ihren ersten Kleinwagen finanzieren oder eine Schrankwand kaufen? Die Citibank gibt Ihnen einen Kleinkredit. Der Vertrag setzt nicht nur die Laufzeit und den Zinssatz fest. Sie unterschreiben auch, Ihr Geld nicht mehr bei McDonald's zu verschleudern, das Rauchen aufzugeben, regelmäßig die Zähne zu putzen und Verhütungsmittel zu benutzen. Überprüft wird dies monatlich von Ihrem persönlichen Microfinancemanagmentcontroller.

Er kommt sogar zu Ihnen nach Hause. Sind Sie mit Ihrem Körper und Ihrem Budget unverantwortlich umgegangen oder mit der Kreditrückzahlung im Verzug? Die Citibank weiß Abhilfe: Ihr Controller verpflichtet Sie, sich einmal wöchentlich in einem Traineecenter einzufinden und an Workshops über Hygiene, sparsames Haushalten, gesunde Ernährung und Familienplanung teilzunehmen.

Ganz so weit ist man in Europa noch nicht. Doch der Kapitalismus lässt niemanden hängen. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2005 zum »internationalen Jahr des Kleinkredits« (IYM) erkoren. UN-Generalsekretär Kofi Annan behauptete in seiner Rede zum Beschluss des IYM im Dezember 2003, nur der »gleichberechtigte und nachhaltige Zugang zu Kleinkrediten« helfe, die »Armut in der Welt zu reduzieren, die Menschen zu ermächtigen und Wohlstand zu schaffen«.

Auf der Website des IYM feiert man nun den »unternehmerischen Geist« des internationalen Mikrokreditjahres, rund um den Globus werden Aktivitäten und Programme organisiert. Die Regierungen von 50 Staaten, diverse UN-Organisationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie Banken, Finanzinstitute, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Stiftungen haben bereits ihre Beteiligung am IYM zugesagt.

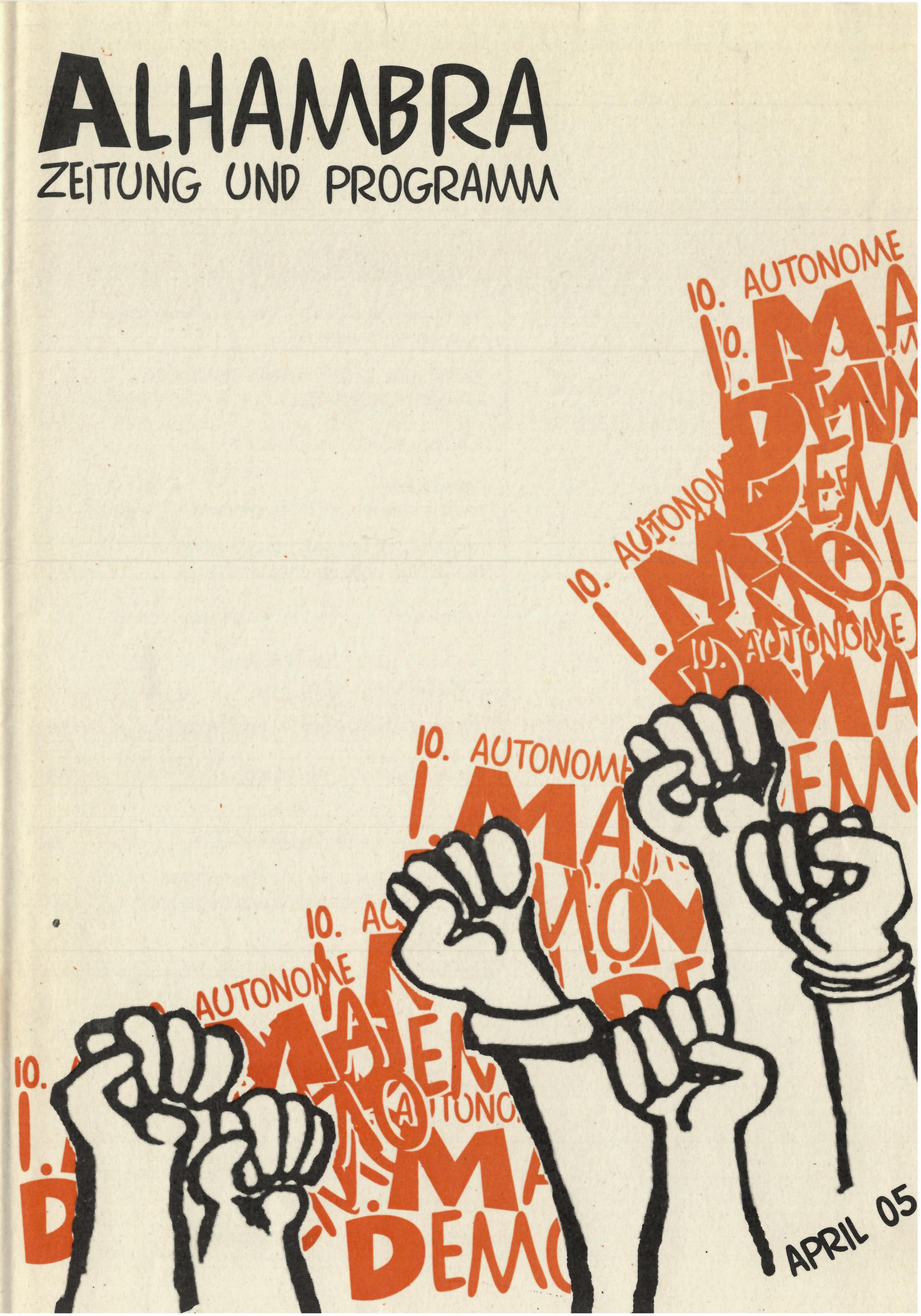
Die Schirmherrschaft haben die »Führer der Finanzindustrie« übernommen, wie sie auf der IYM-Website bejubelt werden. Darunter ist auch der Vizevorsitzende der Citigroup, Stanley Fisher. Die Citigroup, zu der auch die Citibank gehört, ist der größte Finanzdienstleister der Welt. Die größten Gewinne erzielt der Konzern schon jetzt im Privatkundengeschäft mit Kreditkarten und Konsumenten-krediten in den USA. »Das internationale Jahr des Kleinkredits« sieht Stanley Fisher als »Möglichkeit und Hoffnung für viele arme Menschen, ihre Situation durch eigene Anstrengung zu verbessern«.

Vorbild ist ein Minikreditimperium aus Bangladesh. Unter den rund 20 global agierenden privaten Mikrofinanzierungsinstitutionen, die das IYM unterstützen, findet sich auch die Grameen Foundation. Deren Gründer, der Wirtschaftsprofessor Mohammad Yunus, ist Erfinder der Armutsbekämpfungsstrategie Kleinkredit. 1983 gründete er in Bangladesh das erste »Kreditinstitut für Arme«, die Grameen Bank.

Das Prinzip ist einfach: MitarbeiterInnen der Bank, so genannte Promotoren, fahren regelmäßig in die oft abgelegenen Dörfer des Landes. Dort sprechen sie insbesondere die Frauen an, verleihen kleinere Geldbeträge, kassieren Raten und Zinsen ab. Zudem führen sie an Ort und Stelle Kurse über Haushaltsführung,

ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM



alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

In & Out

Literaturseite 3

"Das Leben beginnt, wo Herrschaft aufhört!"
Aufruf zur autonomen
1. Mai Demo in Oldenburg 5

Rassismus mit System - Veranstaltungsreihe
vom Antira-Plenum OL 6

"Schlimmste Befürchtungen übertroffen"-
Zuwanderungsgesetz 7

Schulbesetzung in Oldenburg 8

Keine Nazis -
Nicht im Heisenhof oder sonstwo! 10

Befreiung. Untergang. "Stunde Null"?
Der 8. Mai 1945 und seine Folgen 11

Repressionen gegen Magdeburger Sprayer 13

Interview zum 129a Verfahren
in Magdeburg 14

10 Jahre Wagenburg am Stau in OL 15

GS in Schottland - Newsletter 16

Argentinien:
Drohungen gegen besetzte Fabrik 18

Algerien in den ersten Wochen 2005:
Soziale Revolten, Streiks und Repression 20

Sputnikkonzert: Alcoholfino 23

Veranstaltungstips:

14.04.05 # 20:00h # Alhambra
Mobilisierungsveranstaltung zum 1. Mai mit einem Film über die Demo 2004

15.04.05 # 12:00h # Lefferseck
SchülerInnendemo gegen Bildungsabbau, Verwertungsdenken & Elitenbildung

21.04.05 # 19:30h # Alhambra
„Freedom of Movement" - Die Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht

25.04.05 # 20:00h # Alhambra
Frauen-Leben mit Hartz IV. Folgen von Hartz 4 für Nicht-EU Bürgerinnen am Beispiel afrikanischer Frauen

01.05.05 # 12h # Kaiserstr./Bahnhof
Autonome 1. Mai-Demo mit anschließendem Straßenfest beim Alhambra

12.05.05 # 19:00h # BIS-Saal der Universität Oldenburg
Das neue „Zuwanderungsgesetz" - Folgen für Flüchtlinge und MigrantInnen

das kunstseidene mädchen

aus dem roman geschrieben 1932 von irmgard keun

Und ich kam an auf dem Bahnhof Friedrichstraße, wo sich ungeheures Leben tummelte. Und ich erfuhr, daß große politische Franzosen angekommen sind vor mir, und Berlin hatte seine Massen aufgeboten. Sie heißen Laval und Briand – und als Frau, die öfters wartend in Lokalen sitzt, kennt man ihr Bild aus Zeitschriften. Ich trieb in einem Strom auf der Friedrichstraße, die voll Leben war und bunt und was Kariertes hat. Es herrschte eine Aufregung! Also ich dachte gleich, daß sie eine Ausnahme ist, denn so furchtbare Aufregung halten auch die Nerven von einer so enormen Stadt wie Berlin nicht jeden Tag aus. Aber mir wurde benommen, und ich trieb weiter– es war spannende Luft. Und welche rasten und zogen mich mit – und wir standen vor einem vornehmen Hotel, das Adlon heißt – und war alles bedeckt mit Menschen und Schupos, die drängten. Und dann kamen die Politischen auf den Balkon wie schwarze milde Punkte. Und alles wurde ein Schrei, und Massen schwemmten mich über die Schupos mit auf den Bürgersteig und wollten von den großen Politischen den Frieden heruntergeworfen haben. Und ich habe mitgeschrien, denn die vielen Stimmen drangen in meinen Leib und durch meinen Mund wieder raus. Und ich weinte idiotisch aus Erschütterung. Das war mein Ankommen in Berlin. Und ich gehörte gleich zu den Berlinern so mitten rein –das machte mir eine Freude. Und die Politischen senkten staatsmännisch und voll Wohlwollen die Köpfe, und so wurde ich von ihnen mitbegrüßt.

Und wir haben alle vom Frieden geschrien – ich dachte, das ist gut und man muß es, denn sonst wird Krieg – und Arthur Grönland gab mir einmal eine Orientierung daß der nächste Krieg mit stinkendem Gas wäre, davon man grün wird und aufquillt. Und das ob man sich wohl einig ist, wenn solche Begeisterung hin und her geht, und ob nun bestimmt nie mehr ein Krieg kommt? Da antwortet mir der dunkelblaue Verheiratete, daß er Norddeutscher ist und darum so furchtbar verschlossen. Und ich habe die Erfahrung gemacht, daß alle, die anfangen mit dem Satz: wissen Sie, ich bin ein so furchtbar verschlossener Mensch – es gar nicht sind und garantiert alles aus sich herausquatschen. Und ich merkte, daß die Käseglocke von allgemeiner Verbrüderung sich hochhob und über uns fortschwebte. Ich machte noch einen Versuch und fragte, ob Franzosen und Juden dasselbe wären und warum sie Rassen sind und von den Nationalen nicht gemocht werden wegen dem Blut – und ob es ein Risiko wäre von mir, davon zu sprechen – und wo unter Umständen die politische Ermordung einsetzt. Erzählt er mir, daß er seiner Mutter vergangene Weihnachten einen Teppich geschenkt hat und furchtbar gutmütig ist, und er hat seiner Frau gesagt, daß es eine Gemeinheit wäre, ihm vorzuwerfen, daß er sich den Regenschirm gekauft hat aus Halbseide statt den großen Sessel neu beziehen zu lassen, wodurch sie sich schämt, ihre Damen, worunter eine Professor ist, zum Kaffee einzuladen – und daß er seinem Chef glatt vor den Bauch gesagt hat: der wüßte nichts – und ich hätte ein Gefühl in mir, das er brauchte, und er wäre ein einsamer Mensch und müßte immer die Wahrheit sagen. Und ich weiß, daß Leute, die »immer die Wahrheit sagen müssen«, immer lügen. Ich verlor das Interesse an dem dunkelblauen Verheirateten, denn mein Herz war ernst und aufgeregt und hatte keinen Sinn für Liebesgetue ohne Sinn und Verstand mit einem Beamten von der Stadt. Ich sagte ihm: „Einen Augenblick!" - und ging heimlich am andern Ausgang raus. Und war traurig, daß ich keine politische Aufklärung hatte. Immerhin hatte ich drei Stück Nußtorte – eins davon mit Sahne – das ersparte mir ein Mittagessen, was eine politische Aufklärung ja hinwiederum nicht getan hätte.

KEIN BOCK MEHR AUF DEN SCHEIß!

wenn alles scheisse ist, sind wir zweifellos gegen alles!

Kompromissbereitschaft war noch nie unsere Stärke und das hat auch seinen Grund! Denn die Kompromisse die wir eingehen sollen, haben nichts aber auch gar nichts mit einem menschenwürdigen Leben zu tun. Sich den Anforderungen der kapitalistischen Gesellschaft zu entziehen oder noch besser sie zu bekämpfen hat nichts mit Verbohrtheit, Arroganz, Faulheit, oder Naivität zu tun. Es ist die logische Konsequenz aus der Sehnsucht nach einem anderen Leben, die nicht nur berechtigt ist, sondern auch realisierbar wäre....

**Die Beine der grösseren Lügen sind gar nicht immer so kurz
Kürzer ist oft das Leben derer die an sie glaubten.** Erich Fried

....wären da nicht all die Lügen, die die herrschenden Verhältnisse unveränderbar erscheinen lassen. Kein Tag vergeht, ohne dass wir hören....

...dass nur mindestens vierzig Stunden Lohnarbeit einen Menschen zu einem produktiven Mitglied der Gesellschaft machen.
...dass Arbeitslosigkeit selbstverschuldet ist und dass mensch sich nur genug anstrengen muss, um einen Arbeitsplatz zu kriegen.
...dass Leben heißt zu konsumieren. Dabei ist auch egal, dass die Waren, die wir kaufen in ärmeren Ländern produziert werden - von Menschen, die in Billigstlohn-Fabriken ausgebeutet werden und die dank des Jobs höchstens etwas weniger arm sind als andere. Und das alles nach dem Motto: „Ein Hungerlohn ist immer noch besser als gar kein Lohn" - Was für ein Hohn!
...dass es glücklich macht, sich jede Woche einen neuen Klingelton oder ein animiertes Bild für´s Handy zu kaufen.
...dass es schon irgendwie gerechtfertigt ist, dass die eineN im Regen an der Bushalte stehen, während andere in einem Auto vorbeifahren, welches soviel kostet wie die Wohnung, die erstere mieten dürfen.
...dass ein Mensch nur entweder Frau oder Mann sein kann.
...dass Frauen emotionaler, schwächer, hübscher - eben anders als Männer - sind. Sie gehören zwar nicht mehr nur an den Herd, aber schlechtere Löhne für miesere Jobs sind gang und gebe.
...dass Frauen, Jugendliche und Kinder nur auf der Strasse sexualisierte Gewalt fürchten müssen. Die alltägliche Palette der Männergewalt reicht hier von der blöden Anmache auf der Straße bis zur Vergewaltigung in der Beziehung. Auch sexueller Mißbrauch an Kindern in der Familie gehört zum Alltag.
...dass nur heterosexuell zu sein nornal ist und Homo- oder Bisexualität therapiert werden muss.
...dass deutsche, weisse Menschen bessere Menschen sind und sie deshalb andere Menschen diskriminieren, einsperren und abschieben dürfen.
...dass leben heisst, nicht „behindert" zu sein. Deshalb sollen sogenannte „Behinderte" kostengünstig in Heimen untergebracht werden und nicht auf ein selbstbestimmtes Leben bestehen..
...dass attraktiv sein heisst, dem gängigen Schönheitsideal zu entsprechen. Vor allem Frauen sollen sich als gefälliges Sexobjekt aufdingsen und sich durch blöde Anmache von Männern geschmeichelt fühlen.
...dass Sicherheit bedeutet überwacht zu werden. Das subjektive Sicherheitsgefühl schreit nach biometrischen Daten in Pässen, Sicherheitsgesetzen, Videoüberwachung und privaten Sicherheitsdiensten.
(...)
Für diejenigen, die unter diesen Lügen zu leiden haben, ist das Leben hier kein Zuckerschlecken. Der gesellschaftliche Mainstream und staatliche Repressalien sorgen dafür, dass letztendlich häufig sogar die Betroffenen selbst anfangen diese Lügen zu glauben.

Für Deutschland auch mal zurückstecken müssen?

Eine der größten Lügen ist, dass es Deutschland gerade unglaublich schlecht geht und dass uns das zu interessieren hat. Und so „bittet" Deutschland uns den Gürtel enger zu schnallen. Zum Beispiel indem darauf verzichtet wird genug Geld zu haben um besser als nur irgendwie erträglich leben zu können. Deutschland hat schon immer gesagt, dass Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen einfach nur faul sind und dem Staat mit Absicht auf der Tasche liegen. Hätten sich ja mal mehr anstrengen können - wer nicht hören will muss halt fühlen. Fühlen dürften viele schon jetzt, dass ihr Geld vorne und hinten nicht langt und der ach so schöne Frühling oft eher grau erscheint, z.B. wenn mensch an der Kasse von dem neuen super OLantis-Spassbad wieder umdrehen muss, weil der Eintrittspreis nicht mit dem Tagesbudget zu vereinbaren ist oder mensch sich nicht einmal das Eis von Feinkost-Aldi leisten kann. Klar, zur Not tut´s da auch ´ne kalte Dusche und Eis muss nun wirklich nicht sein, wenn´s doch darum geht Deutschland zu retten!
Dazu kommen noch ein paar andere Kleinigkeiten, die mensch sich vielleicht nicht mehr leisten kann, wie etwa Bildung (dank Studiengebühren, geschlossener Bibliotheken und abgeschaffter Lernmittelfreiheit an Schulen) oder auch Gesundheit (dank immer mehr Zuzahlungspflichten).
Damit nicht so viel Langeweile aufkommt, gibt es die 1-Euro-Jobs - nicht dass der /die ALG II-BezieherIn noch zuhause auf dem Sofa in Depressionen verfällt. Ganz nebenbei auch noch ganz praktisch - so braucht niemand ein schlechtes Gewissen haben, weil er/sie nichts für Deuschland tut und Deutschland erfreut sich an billigen Arbeitskräften. Diejenigen, die noch einen Vollzeitausbeutungsplatz haben, freuen sich über diesen, wie über ´nen Sechser im Lotto, gehen gerne für noch weniger Kohle malochen und verzichten verständnisvoll auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubstage, Weihnachtsgeld etc.
Deutschland bietet also jeder und jedem die ganz individuelle Möglichkeit dazu beizutragen es zu retten. Ein anderes Beispiel: Migrantinnen und Migranten könnten nach dem Willen der meisten Deutschen einfach bei ihrer eigenen Abschiebung mithelfen und schwups ginge es Deutschland besser. Dafür können MigrantInnen doch wohl ihr eigenes Leben riskieren - vor allem vor dem Hintergrund, dass Deutschland aus lauter Dankbarkeit gleich noch den einen oder

anderen „Friedenspanzer" und „Entwicklungshelfer" mitschickt, was das Leben im Herkunftsland gleich viel sicherer und besser erscheinen lässt - oder etwa nicht? Positiver Nebeneffekt: Die deutsche „Hilfe" sichert die weitere Ausbeutung der Länder des Trikonts - übrigens der Hauptgrund für Flucht und Migration.

Sollte da nicht die Frage aufkommen, wer dieses Deutschland überhaupt ist? - Deutschland ist ein menschenverachtendes, imperialistisches Arschloch. Dennoch übertüncht der Bezug auf die Nation alle gesellschaftlichen Widersprüche und dient als ideologischer Kitt. Es ist wieder so richtig hip deutsch zu sein - ob nun Paul van Dyk in seinen Texten das „deutsche Volk" dazu bewegt doch wieder zu sich zu stehen („war halt nur'n schlechter Lauf - so einfach geben wir nicht auf") und dazu Nachkriegsszenen zeigt oder Mia mit Deutschland-Tatoo über sämtliche Bühnen „alternativer" Festivals springt und dafür auch noch bejubelt wird. War da was? Egal, es wird getanzt - oder aber Fussball gespielt, wie z.B. in dem Film „Das Wunder von Bern".
Geschichtrevisionismus steht auf der Tagesordnung der deutschen Medien. Die „geläuterte Nation", die sich in Hunderten von Guido Knopp-Sendungen mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus „auseinandergesetzt" hat und sich nun nicht länger schuldig und verantwortlich fühlen will, kann endlich auch der „deutschen Opfer" gedenken - denn irgendwie sind auf einmal alle Opfer. Und Hitler und Konsorten haben sich im Führerbunker in Berlin selbst gerichtet - irgendwie auch traurig und dramatisch, wie uns der Film „Der Untergang" glauben machen will. Das, was Medien (Fernsehen, Kino, Zeitungen, ...) und die PolitikerInnen vermitteln wollen, ist ein neues „deutsches Bewusstsein". Deutschland ist wieder wer in der Welt und kann - den Holocaust auf den Lippen - seine Soldaten weltweit zum Einsatz bringen und als europäische Führungsmacht im Verbund mit Frankreich selbstbewusst für die Umsetzung der eigenen imperialistischen Interessen eintreten. Patriotismus wird wieder groß geschrieben, denn schließlich können „wir ja stolz sein auf das, was Deutschland in den letzten Jahren alles geschafft hat".

Dabei sind die FaschistInnen, die das für ihre Vernichtungsphantasien ausnutzen wollen, manchmal lästig und stören das Bild der „geläuterten Nation", wenn sie MigrantInnen töten und Synagogen in Brand stecken wollen. Dann muss der Staat sie in ihre patriotischen Schranken weisen und mal wieder zum „Aufstand der Anständigen" aufrufen, um das Bild von diesem unseren Deutschland in der Welt bloß nicht zu verkratzen. Aktiven Widerstand leisten aber nach wie vor nur unabhängige Antifas, und zwar trotz Bullenknüppeln und staatlicher Repression.

Es muß mehr als das hier geben!
Obwohl es von allem mehr als genug gibt auf dieser Welt, sterben täglich Menschen an Hunger, Durst und längst heilbaren Krankheiten. Praxisgebühr ist für Millionen von Menschen kein Thema, da sie nie in ihrem kurzen Leben eine Ärztin zu Gesicht bekommen - geschweige denn finanzieren könnten. Der kapitalistischen Verwertung wird alles untergeordnet: All unsere Bedürfnisse sollen wir nur noch über Geld befriedigen: Kein Trinkwasser mehr unbezahlt weltweit. Kein Abhängen in den Innenstädten mehr, ohne dass die überteuerte Latte Macchiato bestellt (und natürlich bezahlt) wird. Lohnarbeit wird immer mehr zu dreckigen Ausbeutunsverhältnissen, ArbeiterInnenrechte werden global ohne große Gegenwehr zurückgeschraubt. „Flexibilität" klingt toll, bedeutet aber nichts anderes, als dass wir uns den Erfordernissen der Ausbeutung weiter beugen sollen.

Wir haben keinen Bock mehr auf den ganzen Scheiss. Denn seien wir ehrlich - Leben ist das hier nicht! Wir wollen die Beherrschung verlieren, uns auf die Suche machen, etwas Neues entwickeln: Freiheit, Glück, Menschlichkeit, Abenteuer - Leben eben! Mit so wenig Arbeit wie nötig und so viel Luxus wie möglich! Wo wir uns zusammentun, wo wir gemeinsam Widerstand leisten, wo wir uns Freiräume erkämpfen zerbricht das System von Herrschaft, von Gewalt und Vereinzelung. Klar, da muss mensch dann mal selber anpacken - aber es lohnt sich! Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Angst!

Rassismus mit System

Eine Veranstaltungsreihe zu deutschen „Sondergesetzen" gegen Flüchtlinge und MigrantInnen

„Freedom of Movement" - Die Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht

am **21.04.2005** um **19:30 Uhr** im **Alhambra**

mit **Sunny Omwenyeke**, Bremen, Mitglied von „The Voice" Forum und der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

Die Residenzpflicht stellt einen massiven Eingriff in die Grundrechte dar. Sie verbietet Flüchtlingen, den von den Behörden zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Flüchtlinge haben in Deutschland nur mit Sondergenehmigung durch die Ausländerbehörde das Recht, den Landkreis zu verlassen und zu Freunden, Verwandten oder kulturellen und politischen Ereignissen in eine andere Stadt zu fahren. Die Residenzpflicht dient der staatlichen Kontrolle und Entrechtung von Flüchtlingen.

Sunny Omwenyeke ist ein Menschenrechtsaktivist aus Nigeria und Aktivist der *Karawane für die Recht der Flüchtlinge und MigrantInnen* aus Bremen. Er wurde wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht verurteilt und musste dafür ins Gefängnis.

In der Veranstaltung wird er über seinen Prozess und sein politisches Engagement in der Kampagne für das Recht auf Bewegungsfreiheit und gegen die Residenzpflicht berichten.

Frauen-Leben mit Hartz IV
Folgen von Hartz IV für Nicht-EU Bürgerinnen am Beispiel afrikanischer Frauen

am **25.04.2005** um **20:00 Uhr** im **Alhambra**

mit **Amina Namugenyi Görsch**, Vorsitzende der Uganda Community Berlin und Mitglied im Migrationsrat Berlin Brandenburg

Die Sozialkürzungen, die mit den „Hartz-Gesetzen" in Kraft getreten sind, treffen Flüchtlinge besonders hart. Viele bekommen nicht einmal mehr das Arbeitslosengeld II, sondern werden auf das Asylbewerberleistungsgesetz verwiesen. Die Höhe dieser Sozialleistungen liegt 30 Prozent unter dem für Deutsche geltenden Sozialhilfeniveau, das dem neu eingeführten Arbeitslosengeld II entspricht. Die Arbeitslosigkeit unter Flüchtlingen und MigrantInnen ist besonders hoch, die Möglichkeit legale Jobs anzunehmen wird ihnen häufig durch das Arbeitsamt verwehrt, weil Jobs zuerst deutschen Staatsbürgern angeboten werden müssen. Amina Namugenyi wird darüber referieren, was die neuen „Hartz-Gesetze" für Flüchtlinge, insbesondere für afrikanische Frauen bedeuten.

Das neue „Zuwanderungsgesetz" - Folgen für Flüchtlinge

am **12.05.2005** um **19:00 Uhr**, im **BIS-Saal der Universität Oldenburg**

mit **Volker Maria Hügel**, Mitarbeiter der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. in Münster/W. Seit 1978 in der Flüchtlingssozialarbeit tätig.

Mit dem neuen „Zuwanderungsgesetz" sind die schlimmsten Befürchtungen von Flüchtlingsverbänden übertroffen worden. Das Gesetz dient der Entrechtung und Abwehr von Flüchtlingen, ihr Status und die Möglichkeiten der Existenzsicherung werden ihnen weitgehend genommen. Flüchtlinge werden zum Verfügungspotential behördlicher Maßnahmen, ihnen wird eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland verweigert. Volker Maria Hügel, langjähriger Mitarbeiter einer Vereinigung zur Unterstützung von Asylsuchenden in Münster, wird über die derzeitige Migrationspolitik referieren. Analysiert werden insbesondere die Regelungen des neuen Zuwanderungsgesetzes, die seit dem 1. Januar 2005 über den (Nicht-) Aufenthalt von Flüchtlingen bestimmen.

veranstaltet vom antira-plenum oldenburg

„Schlimmste Befürchtungen übertroffen"

Das Zuwanderungsgesetz ist ein Desaster. Hunderte „geduldete" Flüchtlinge dürfen nicht mehr arbeiten.

Ein Gespräch mit **Volker Maria Hügel***

*Volker Maria Hügel ist im Vorstand von Pro Asyl und arbeitet bei der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) in Münster.

F: Das seit Jahresbeginn gültige Zuwanderungsgesetz führt dazu, daß viele »geduldete« Flüchtlinge nicht mehr arbeiten dürfen. Wie wirkt sich das auf die Betroffenen aus?

Für den Zugang der Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt ist jetzt ausschließlich die Ausländerbehörde zuständig. Und wenn z. B. deren Prüfung ergibt, daß jemand keinen Paß hat, darf er in der Regel nicht mehr arbeiten. Alleine in Nordrhein-Westfalen betrifft das Hunderte.

F: Das heißt, sie müssen von heute auf morgen ihre Arbeit niederlegen und verdienen kein Geld mehr?

Noch schlimmer: Sie haben nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld, weil sie durch das Arbeitsverbot dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie fallen zurück ins Asylbewerber-Leistungsgesetz.

F: Aber sie haben doch in die Arbeitslosen-versicherung einbezahlt?

Das ist ein glatter Betrug an diesen Menschen. Dahinter steht die Absicht von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), diese Menschen zum Verlassen des Landes zu nötigen. Deren bisherige Jobs sollen Deutsche oder bevorrechtigte Ausländer übernehmen. Wir haben hier eine Verdrängung in den Billigstlohnbereich – und Opfer sind die Geduldeten, die kaum noch Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.

F: Und wovon leben sie?

Sie werden nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz unterstützt, bekommen damit weniger als das Existenzminimum. Zahlen müssen die Kommunen, die aber einen Teil vom jeweiligen Bundesland erstattet bekommen.

Aber im Einzelfall geht es nicht nur um den Einkommensverlust. Das Arbeitsverbot wirkt sich auch psychisch aus – nicht zuletzt, weil diesen Menschen jede Lebensperspektive in Deutschland genommen wird. Denn das Recht auf Daueraufenthalt setzt voraus, daß der Betroffene unabhängig von Sozialhilfe leben kann.

F: Zum Teil leben diese Menschen seit Jahrzehnten hier, haben Familie, sind also mehr oder weniger integriert ...

Unter Integration versteht Schily, daß der Betroffene deutsch spricht, den Staat kein Geld kostet und daß er und seine Angehörigen nicht straffällig geworden sind.

Das Zuwanderungsgesetz soll bewußt einen Vertreibungsdruck erzeugen.

F: Bei Flüchtlingen wird gespart, bei Arbeitslosen wird gespart – aber auch den Beratungsstellen werden die Mittel gekürzt.

Die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) in Münster, bei der ich arbeite, ist vergleichsweise gut dran: Uns fehlen dieses Jahr nur 150 000 Euro. Ich bin aber auch im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl. Daher weiß ich, daß die Landesflüchtlingsräte kein Geld mehr bekommen und daß der Europäische Flüchtlingsfonds im Auslaufen begriffen ist. Es ist ungewiß, wann Gelder kommen. Die meisten Bundesländer haben ihre Förderung eingestellt. Überall sterben die Beratungs-stellen. Wenn überhaupt noch etwas gefördert wird, dann ist es die Ausreise von Flüchtlingen.

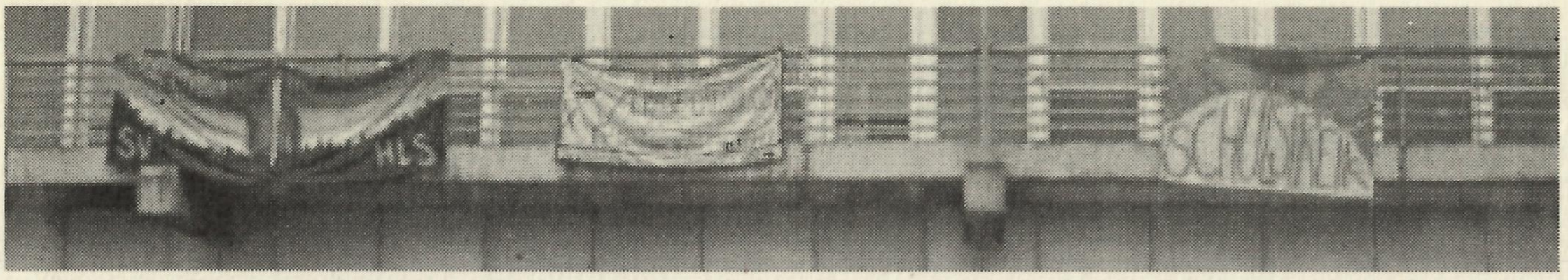
F: Wie können Sie die Beratung aufrechterhalten?

Jeder, der bei uns beschäftigt ist, packt noch ein Schäufelchen drauf. Unsere Arbeitszeit hat sich mitunter verdoppelt – sonst wäre es nicht mehr zu schaffen. Und das ist nicht nur in unserer kleinen Beratungsstelle so, sondern überall dort, wo man mit den sozialen Nöten von Menschen zu tun hat.

F: Ist das Zuwanderungsgesetz schlecht oder nur schlecht gemacht?

Es ist ein schlampiges Gesetz. Darüber hinaus verschlechtert es die Position derjenigen weiter, die auch vorher schon zwischen Baum und Borke lebten. Ich hatte auch noch nie so viel Mitgefühl mit den Mitarbeitern der Ausländerbehörden. Sie haben einen Haufen zusätzlicher Arbeit und müssen darüber hinaus ständig den Betroffenen die Mitteilung machen, daß ein Papier nicht verlängert werden kann, daß sie nicht mehr arbeiten dürfen usw. Pro Asyl hatte bis zuletzt gefordert, dieses Gesetz einzustampfen. Wir hatten vor den Folgen gewarnt und wurden deswegen insbesondere vom Grünen-Vorsitzenden Reinhard Bütikofer beschimpft. Und jetzt sehen wir, daß unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen werden.

in der Jungen Welt *vom 05.03.2005*
gefunden vom antira-plenum oldenburg



SCHULBESETZUNG: STATT UNTERRICHT

Oldenburger SchuelerInnen besetzten am 15.03.2005 die Helene-Lange-Schule um gegen die aktuelle Bildungspolitik zu protestieren

Die Helene-Lange-Schule wurde am 15.03.05 als Zeichen des Wi-der-stands gegen die aktuelle Bildungspolitik des Landes Nieder-sachsen (CDU/FDP-Regie-rung) besetzt.
Schüler eines stadtweiten Bünd-nisses übernahmen ab 7.30 Uhr die Organisation des Schultages.
Vorangegangen waren diverse schulpolitische Entscheidungen die alle oldenburger Schulen, aber vor allem die Helene-Lange-Schule als "Integrierte Gesamtschule", be-treffen.
Vor allem das Zentralabitur, die Verkürzung auf 12 Schuljahre und weitere Entscheidungen, die den Druck auf die Schüler erhöhen sei-ne persönliche Entwicklung zu vernachlässigen und sich den Normen und Zwängen einer zu-nehmend wirtschaftsorientier-ten Schule anzupassen, stößt in der oldenburger Schülerschaft zu-nehmend auf Widerstand. Auch Leh-rer/innen stehen immer mehr un-ter Druck: Sie müssen in größ-eren Klassen, in kürzerer Zeit einen vor-gegeben Unterrichtstoff pauken. Es kommt zunehmen zum "Frontal-unterricht".
Kreative und gemeinschaftliche Elemente müssen so zunehmend reduziert werden.

Kreativität und Gemeinschaft for-derten und förderten an diesem Tag die BesetzerInnen:

Sie riefen die zum größten Teil überraschten Schüler und Lehrer zu einer Kundgebung im Foyer der Schule zusammen.
Ein Teil der Lehrerschaft weigerte sich zunächst ihre Autorität zu zäh-men. Sie riefen dazu auf den Un-terricht durchzuführen.
Dem gegenüber stellten sich die Schüler. Sie sorgten dafür, dass die Lehrer zunehmend mit den Besetz-erInnen zusammenarbeiteten.

Die BesetzerInnen hatten ein Workshop-Programm für den Vor-mittag vorbereitet. Im Mittel-punkt dieser Workshops stand "Kreativität und Gemeinschaft", die in den Workshops gefordert und gefördert wurden.

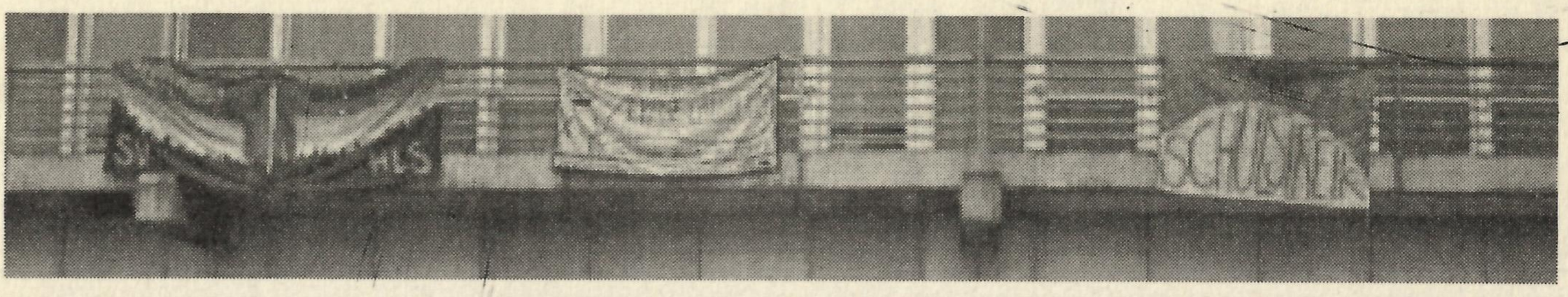
So wurden ein Trommelkurs, ein Zirkus/Jonglierkurse, ein Capo-eirakurs (brasilienische Kampf -Tanzkunst) und andere äühnliche Kurse angeboten.
Politisch wurde es in Kursen wie "Schülervertretung", "Das Kapital", "Drogen und Drogenprävention" und weiteren Kursen.
Für Aufmerksamkeit sorgte die Gruppe die beide Gebiete verband: Sie malten Transparente, die nach und nach die Fassade der Schule schmückten.

Mehrere Pressevertreter waren vor Ort: Mehrere Zeitungsredakteure, das Radio (NDR) und das regionale Fernsehen (ebenfalls NDR).
Ihnen berichteten begeisterte Schüler. Ebenfalls begeistert waren auch die Lehrer, die sich teilweise vorher noch gesträubt hatten.

Am Ende fand noch eine Ab-schlusskundgebung im Foyer statt und für viele heißt das Fazit: "Das war noch nicht alles....!"

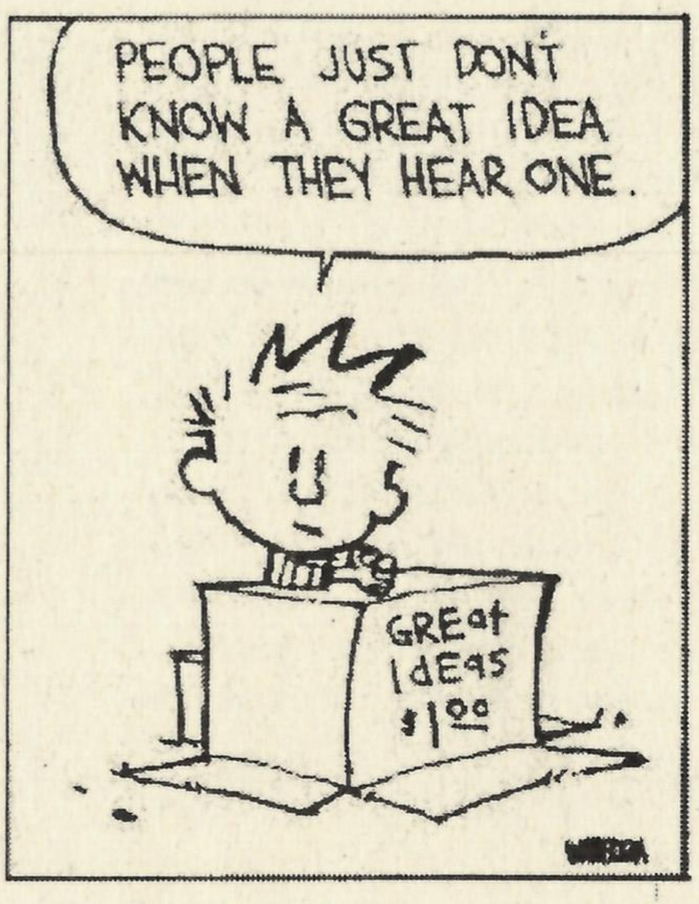
★★★

Am 15.04.2005 findet eine Demon-stration für freie und selbst-gestal-tete Bildung - gegen die Bildungs-kürzungen der Regierung in Oldenburg statt!
Treffpunkt ist um 12 Uhr das Leffers-Eck.
Organisiert ist diese Demonstrati-on unter anderem vom Stadt-schüler/innenrat Oldenburg und vom Schülerbündnis "Swimmy".

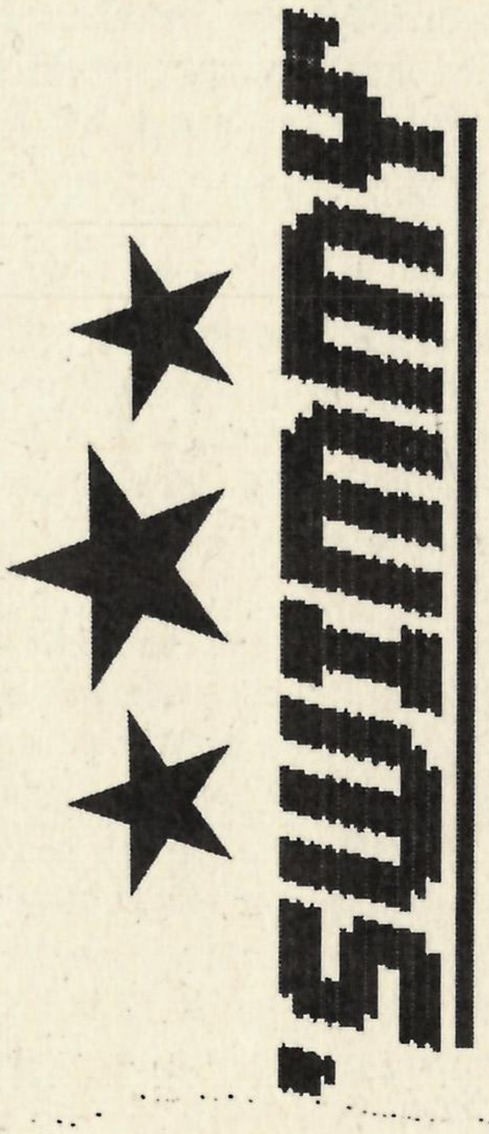


Für das Schuljahr 2004/2005 fallen in Niedersachsen rund 32.900 Lehrerstunden weg – das entspricht gut 1200 Lehrerstellen. Die Folgen sind nicht nur, aber vor allem an den Gesamtschulen, verheerend. An der Graf-Anton-Günther-Schule z.B. genügen die Lehrerstunden nicht einmal mehr um die Arbeit der bisher bestehenden AGs für das zweite Halbjahr zu sichern, bei gleichzeitig erhöhtem Leistungsdruck entfallen zahlreiche Unterrichtsstunden. Noch heftiger stellt sich die Situation an der HLS da: die Integrierte Gesamtschule, deren Ansatz nicht zu den Konkurrenzvorstellungen der wirtschaftsorientierten CDU-Bildungspolitik passt, gilt inzwischen nicht mehr als Regelschule und soll nun finanziell „ausgeblutet" werden: In den Jahren 5-10 entfällt wöchentlich ein kompletter Unter-richtsachmittag, im 12. eine Politikstunde pro Woche weg. Zudem wurde der Topf für ausfallende LehrerInnen um 40% gekürzt, woraus weitere Unte-richtsausfälle resultieren. Insge-samt beläuft sich der Unter-richtsausfall somit auf mindes-tens 67 Lehrerstunden pro Woche. Insbesondere das Konzept der IGS ist durch die drastischen Kürzungen nicht mehr mit den steigenden Leistungsanforderungen, wie zum Beispiel zentralen Abschlüssen und der neuen Oberstufe, vereinbar. Für viele Eltern, die die IGS bisher als attraktive Alternative zum normalen 3-gliedrigen Schulsystem sahen, stellt sich damit die Frage, ob sie überhaupt noch ihre Erwartungen erfüllen kann. Die IGS wird so bein eine Ecke gedrängt, in der sie keine Chance mehr hat. ...

Nachdem ein Hochschulstudium durch die in Niedersachsen für 2006 angepeilte Einführung von Studiengebühren wohl bald zum „Luxus" für Kinder aus reichen Elternhäusern werden wird, nachdem die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, kostenloser Hausaufgabenhilfe etc. die von allen namhaften Studien festgestellte Notwendigkeit reicher Eltern für eine erfolgreiche Bil-dungslaufbahn noch zusätzlich verschärft, nachdem die Kürzung eines kompletten Schuljahrs zum Abitur zerstörerischen Leistungsdruck und Verdummung noch weiter voranbringen wird, nach all dem möchte die Landesregierung auch noch die übrig gebliebenen Reste des für alle zugänglichen Bildungssystems (insbesondere die ohne Selektion auskommende IGS) weiter verstümmeln.



Die Aktion richtet sich jedoch nicht bloß gegen den quantitativen Abbau des bestehenden Bildungssystems, sondern auch gegen seine allgemeine Verfassung und den gegenwärtigen Tendenzen, denen es unterworfen ist. Dies meint besonders die unter der jetzigen wirtschaftsliberalen Regierung vorangebrachte Ökonomisierung der Lerninhalte, die durch einen stets erhöhten Konkurrenz- und Leistungsdruck in immer kürzerer Zeit in die Köpfe der SchülerInnen gehämmert werden müssen. Für die gerade im IGS-Konzept verankerte Rücksicht auf die individuellen Interessen und Fähigkeiten der SchülerInnen ist in den nun zentral abgestimmten Zwängen einer lediglich an der ökonomischen Verwertbarkeit des Wissens interessierten Bildung immer weniger Platz. Ziel ist nicht die Unterstützung bei der Entfaltung zu einem kritisch-reflektierten Menschen sondern die Dressur zu eineR in Wissen und Leistung vergleichbaren ArbeiterIn.



keine Nazis!

nicht im Heisenhof oder sonstwo

http//:bremen.antifa.net

Im Mai jährt sich zum sechzigsten Mal das offizielle Ende des Nationalsozialismus in Deutschland. Diesen Tag wollen wir als Anlass zu einer Demonstration gegen den Heisenhof nehmen. Der Heisenhof, ein von Rieger gekaufter Gebäudekomplex, ist heute einer der Sammelpunkte von NeofaschistInnen in der Region zwischen Bremen, Hannover und Hamburg. Er befindet sich in der Gemeinde Dörverden an der B 215 zwischen Barme und Hassel.
Diese Region ist nicht erst mit dem Heisenhof zu einem Schwerpunkt neofaschistischer Organisierung geworden. Schon länger fielen die offensiven Machenschaften vor allem der NPD/JN und der „Unabhängigen Bürgergemeinschaft" in Achim auf.
Der Heisenhof selber ist Teil eines ehemaligen Bundeswehrgeländes, auf dem vor 1945 die Verwaltung der Munitionsfabrik »Eibia« lag. »Eibia« war eine über- und unterirdische Fabrik, in der ZwangsarbeiterInnen vorallem aus Osteuropa arbeiten mussten. Die Schießpulverfabrik für chemische Produkte war die größte Rüstungsfabrik im Landkreis Verden und eine Tochtergesellschaft der Firma Wolf & Co. KG.gA in Wolfrode, deren Großaktionär ab 1926 die I.G. Farbenindustrie A.G. war. Am sechzigsten Jahrestag wollen wir an diesem Ort, der genau gegenüber dem Heisenhof liegt, den Opfern des Faschismus gedenken und an den Widerstand gegen die Naziherrschaft erinnern.

Im April 2004 ersteigerte der Hamburger Neonazi und millionenschwere Anwalt Jürgen Rieger für nur 255.000 Euro das 26.000m2(!) große Areal. Mit seinen vier gut erhaltenen Gebäudekomplexen ist der Heisenhof ein vielseitig nutzbares Nazizentrum.
Es ist kein Zufall, dass Jürgen Rieger ausgerechnet in dieser Region einen Gebäudekomplex erwirbt, da er auf die bestehenden Strukturen der NPD/JN zurückgreifen kann. Offiziell soll laut Rieger im Heisenhof ein Zentrum für „Fruchtbarkeitsforschung" entstehen. Aber wahrscheinlicher ist die Errichtung eines großen, faschistischen Veranstaltungszentrums in dem von Grill- und Sonnwendfeiern, über Schulungen und Tagungen bis hin zu Nazirockkonzerten mit mehreren hundert Teilnehmern alles möglich ist.
Für die Region Verden/Dörverden bedeutet dies konkret: solange der Heisenhof existiert, muss mit einer starken Zunahme neonazistischer Aktivitäten gerechnet werden. Es werden sich vermehrt Neonazis in der Umgebung aufhalten und die Konfrontationen werden sich häufen. Diese reichen von Übergriffen nach Veranstaltungen, Wehrsportübungen bis hin zu gezielten Angriffen wie es auch schon in Hetendorf geschehen ist. Hetendorf war Riegers altes Nazizentrum bei Celle, das nach mehrjährigen Protesten geschlossen wurde.

...die Vernichtung des Faschismus, bis an die Wurzeln, bleibt unser Ziel...
(Schwur der Häftlinge von Buchenwald)

Die Demonstration am 8. Mai 2005 vertritt in diesem Sinne einen klaren antifaschistischen Standpunkt: trotz der massiven öffentlichen Thematisierung der NS-Vergangenheit ist es bis heute ein Tabu, über die Kontinuitäten aus der Zeit des Nationalsozialismus hinein in die bundesdeutsche Gesellschaft zu berichten. Noch immer müssen ZwangsarbeiterInnen für ihre Entschädigungen kämpfen, während Forderungen nach Verfolgung und Verurteilung der Kriegs- und Naziverbrecher verhallen. Kritik an den bundesdeutschen Verhältnissen und eine klare Position gegen Faschismus, Nationalismus und Krieg wird zunehmend als angestaubte und überholte »Nestbeschmutzung« denunziert.
Der offizielle Umgang mit der NS-Vergangenheit geht heutzutage nämlich so: Schuld bekennen, Gedenken institutionalisieren und damit 'guten Gewissens' den Weg frei machen für neue deutsche Großmachtpolitik.

Doch die Grundlagen faschistischen Handelns und Denkens sind in Deutschland immer noch weit über organisierte Nazis hinaus verbreitet. Diese sind Autoritätshörigkeit, Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Menschenverachtung, patriarchale Strukturen, Volksgemeinschaftsideologie. Und es ist eine Erfahrung aus der Geschichte: sie führen in ihrer Konsequenz zur Diskriminierung und Ausgrenzung, bis hin zur Vernichtung von Menschen, die nicht den Normen entsprechen.
Aus der Geschichte muss außerdem gelernt werden, dass jede und jeder verantwortlich oder zumindestens mitverantwortlich ist, für die Welt, in der wir leben. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der Menschen nicht nach Herkunft, Kultur und/oder Geschlecht in Eliten und Fußvolk eingeteilt werden. Wir treten für weltweite soziale Gerechtigkeit ein, sind gegen eine Politik, deren Ziel es ist, ihre militärischen und wirtschaftlichen Ziele global und mit unterschiedlichen Formen der Gewalt durchzusetzen. Das konsequente »Nein zum Krieg« ist eine weitere Lehre aus der deutschen Geschichte. Wir sind gegen ein Europa, das sich nach außen abschottet und innen Reichtümer hortet. Reichtümer, die auf einer andauernden, schon Jahrhunderte währenden Ausplünderung und Unterwerfung von (neo)kolonialisierten Teilen der Erde beruhen.

Kein Vergeben – Kein Vergessen!
Heisenhof dichtmachen!
Werdet aktiv – greift ein!
Es gibt genug zu tun!
Keine Kneipe – keine Straße –
kein Hof den Nazis und RassistInnen!

Befreiung, Untergang, "Stunde Null"? Der 8. Mai 1945 und seine Folgen

Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland, wurde der NS-Staat durch die Alliierten militärisch besiegt. Zum 60. Mal jährt sich dieses Jahr ein Tag, der für Millionen Menschen nicht nur in Europa für die Befreiung vom Nationalsozialismus bzw. von nationalsozialistischer Besatzung steht. Für die Mehrheit der Deutschen allerdings war es vor allem der Untergang ihres Traums einer 1000-jährigen deutschen Weltherrschaft. In die deutsche Geschichte ging das Datum als die "Stunde Null" ein - der Tag also, an dem plötzlich alles vorbei gewesen sein sollte - kein Krieg, keine Herrenmenschen, keine Nazis mehr. Dass solch ein Bruch in Wirklichkeit nicht statt gefunden hat, sondern vielmehr die Schatten der Vergangenheit auf vielfältige Weise bis heute reichen, ist das Thema der Veranstaltungsreihe „Der 8. Mai 1945 und seine Folgen". Verschiedene Aspekte dieses Komplexes werden bei Vorträgen, Filmen, Lesungen und einem Seminar zur Diskussion gestellt: Die Instrumentalisierung der Vergangenheit durch die Politik, deutsche Opfermythen, der familieninterne Umgang mit der Vergangenheit, Geschichtspolitik der antifaschistischen Linken, der zähe Kampf um Entschädigung der Opfer, antifaschistischer Widerstand vor und nach dem 8. Mai, die Funktionalisierung antifaschistischen Gedenkens für aktuelle aussenpolitische Zwecke und nicht zuletzt Kontinuitäten reaktionärer Deutschtümelei.
Wir möchten Euch herzlich einladen, jenseits offiziell-pompöser Gedenkveranstaltungen und falscher Krokodilstränen mit uns über die jüngste deutsche Vergangenheit und ihre Folgen für die Gegenwart und Zukunft zu debattieren.
Gegen das Vergessen - gegen Faschismus und Krieg! Erinnern heißt heute handeln.

VeranstalterInnen:
AK angreifbare Traditionspflege Bremen, Antifaschistisches Komitee, Autonome Antifagruppe Bremen, Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V.

Heldenmythos und Opfertaumel.

Der Zweite Weltkrieg in Medien und Geschichtspolitik heute.

Bombenkrieg., Vertreibung, Guido Knopp, Hitler-Welle.... Die gegenwärtigen Diskussionen um den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen zielen darauf ab, „endlich mal" die deutschen Leiden und Opfer in den Vordergrund der Geschichtsbetrachtung zu stellen. Verstärkt durch populäre Filme, Fernseh- und Zeitschriftenserien spielen dabei insbesondere der Bombenkrieg gegen NS-Deutschland und die Vertreibung deutscher Zivilbevölkerung aus Osteuropa bei und nach Kriegsende eine Bedeutung. Der Referent Michael Klundt stellt die wichtigsten Kontroversen und Themengebiete vor. Daraufhin analysiert er sie sowohl im Zusammenhang diverser Kriegs- und Nachkriegsphänomene als auch ihrer heutigen medialen Vermittlung und geschichtspolitischen Bedeutung.
Referent: Michael Klundt, Politikwissenschaftler und Unterrichtsbeauftragter an der Universität zu Köln. Herausgeber des Buches „Heldenmythos und Opfertaumel - Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs" und „Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai 1945 und seine Folgen"
Mittwoch, 20. April 2005 - 19.30 Uhr
Kulturzentrum Paradox
Bernhardstraße 12, Bremen

PartisanInnenkrieg in Österreich

Über den organisierten PartisanInnenkampf gegen das NS-Regime in Österreich ist hierzulande wenig bekannt. Vor allem in Kärnten bildeten sich nach dem Überfall der Deutschen auf Jugoslawien große PartisanInnenverbände. Getragen wurde der Kampf hauptsächlich von der slowenischen Minderheit in Kärnten, unter ihnen viele slowenischsprachige Angehörige der deutschen Wehrmacht, die nach einem Heimaturlaub nicht mehr an die Front zurückgekehrt waren.
Wir wollen mit dieser Veranstaltung den PartisanInnenkampf in Österreich und den mit der ‚Bandenbekämpfung' legitimierten Terror der Wehrmacht gegen die slowenische Zivilbevölkerung vorstellen.
Wir wollen diese unaufgearbeitete Geschichte in Beziehung setzen zur offiziellen Gedenkpolitik anläßlich des 60. Jahrestags der Befreiung, mit der sowohl das ungebrochene Tätergedenken von Wehrmachts- und SS-Veteranen, wie z.B. in Mittenwald oder auf dem Ulrichsberg in Österreich, als auch die andauernde Diskriminierung der slowenischen KärntnerInnen koexistieren.
Dienstag, 26. 4. 2005, 20.00 Uhr
Villa Ichon
Goetheplatz 4, Bremen

Verdrängen-Erinnern-Instrumentalisieren

Geschichtspolitische Debatten und Tendenzen in der BRD

Die Thematisierung der faschistischen Vergangenheit in Deutschland ist bis heute ein Thema, das Kontroversen auslöst und öffentliche Debatten anregt. Ob „Bomben-Holocaust", „Auschwitzkeule" oder „geistige Brandstiftung", mit dem Verweis auf die NS-Vergangenheit kann man die Aufmerksamkeit für die eigene Politik steigern. Die Deutung und Wahrnehmung derselben unterliegt dabei einem ständigen Wechsel: So wurden etwa noch in den 90er Jahren vor allem die deutschen Verbrechen und ihre Täter u.a. von Goldhagen und der Wehrmachtsausstellung in den Blick genommen. Gleichzeitig aber wurde unter dem Motto „Nie wieder Auschwitz" die Beteiligung der BRD am NATO-Angriffkrieg auf Jugoslawien als moralisches Muss verkauft. Heute stehen statt dessen die Deutschen als Opfer von Bombenkrieg und Vertreibung im Zentrum, parallel dazu versucht die Politik historische Stätten vor Naziaufmärschen zu „schützen", damit der Ruf nicht wieder ruiniert wird. Der Blick auf die Geschichte wird also immer auch geprägt durch die jeweiligen Interessen in der Gegenwart. Die wechselvolle Beziehung von Geschichte und Politik in der Bundesrepublik stehen im Zentrum des Vortrags - der Schwerpunkt liegt dabei auf den Entwicklungen seit 1989.
Referent: Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler aus Marburg, Mitherausgeber des Bandes: „Erinnern. Verdrängen. Vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert"
Donnerstag 28. April 2005 - 19.30 Uhr
Kulturzentrum Paradox
Bernhardstraße 12, Bremen

Herrenpartie (Muski Izlet)

BRD/Jugoslawien 1963;
Regie: Wolfgang Staudte, 92 min.

Anfang der 60er Jahre stranden die Mitglieder eines deutschen Herrengesangsvereins durch Zufall mit ihrem VW-Bus in einem abgelegenen Dorf in Montenegro, Jugoslawien. Sie sind die ersten Fremden, die das Dorf nach dem Krieg betreten - die letzten waren deutsche Wehrmachtssoldaten, die dort als so genannte Vergeltungsmaßnahme ein Massaker anrichteten. Die überlebenden Frauen reagieren mit Feindseligkeit auf die deutschen Touristen, die von den Frauen auf ignorant-dreiste Art Hilfe verlangen. Angesichts der Verachtung der Frauen und der Verweigerung jeglicher Hilfe, fallen die kurzbehosten, sangesfreudigen Spießer und ehemalige Wehrmachtssoldaten zurück in Militärjargon und -verhaltensweisen. Der Konflikt zwischen beiden Seiten eskaliert, wobei die Repräsentanten der Jugend ihm einen versöhnlichen Akzent verleihen.
Wolfgang Staudte gelang mit seiner politischen Satire ein weiterer Film, der die unaufgearbeitete deutsche Vergangenheit und die Frage nach der Schuld an den im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen auf beeindruckend treffende Weise thematisiert. Seinerzeit wurde der Film allerdings als „üble Nestbeschmutzung" diffamiert - mit ihm endete die Kino-Karriere Staudtes als engagierter Gesellschaftskritiker.
»Prädikat: unerlässlich.«!
Dienstag, 3. Mai 2005, 20 Uhr
Kulturzentrum Paradox / Bremen

„Brotsamen vom Herrentisch"

Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte. Buchlesung mit anschließender Diskussion mit Professor Dr. Thomas Kuczynski

Der Autor legte 1999 ein Gutachten vor, wonach Deutschland den ehemaligen Zwangsarbeitskräften 180 Milliarden DM (rund 90 Milliarden Euro) schuldet. Sein Ausgangspunkt war derselbe wie der des IG-Auschwitz-Zwangsarbeiters Frankenthal: „Den ehemaligen Sklavenarbeitern steht zumindest der bis heute nicht ausbezahlte Arbeitslohn zu." Bei der Frage, wie viel ihnen damals vorenthalten worden war und demzufolge nachzuzahlen ist, ging es um den aktuellen Wert eines Gesamtbetrages, der aus den ökonomischen Resultaten der Zwangsarbeit abzuleiten war, unabhängig davon, ob die Opfer zum Zeitpunkt der Abgabe des Gutachtens noch am Leben waren oder nicht. Teil I des Buches untersucht, warum und wie und von wem das Entschädigungsproblem über 50 Jahre hat verschleppt werden können. Teil II zeigt die Methoden der Ausraubung der ehemaligen Zwangsarbeitskräfte und deren Resultate. Teil III stellt aktuelle (ökonomische, politische wie ideologische) Hintergründe der 1999/2000 geführten Auseinandersetzungen dar, die Aktivitäten der Beteiligten, aber auch die Inaktivität der unbeteiligt Gebliebenen. Er erhellt die Ursachen für die Diskrepanz zwischen nachgewiesenem Anspruch und zugewiesenen Brosamen.

Thomas Kuczynski ist freier Publizist. Von 1988 bis zur „Abwicklung" der Akademie der Wissenschaften der DDR (31.12.1991) war er Direktor des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte.

Mittwoch, 11.05.2005, 19.30 Uhr
Villa Ichon / Bremen

„Gedenkpolitik am Beispiel der KZ Gedenkstätte Neuengamme - linke Positionen zur Erinnerungsarbeit?"

Referent: Andreas Ehresmann, Hamburg
Dienstag, 24.05.05, 19.30 Uhr
Kulturzentrum Paradox / Bremen

Der Unzugehörige: Peter Weiss

Ein Film über den Autor der „Ästhetik des Widerstands"

Filmveranstaltung sowie Diskussion mit dem Filmemacher Jens-Fietje Dwars.

Vor 20 Jahren wurde seine „Ästhetik des Widerstands" in Ost und West als Jahrhundertroman gefeiert, als das große Epos des Antifaschismus und letztes Manifest der europäischen Linken.

Heute ist Peter Weiss in West und Ost fast vergessen – ein Unzugehöriger, wie zu seinen Lebzeiten. In seiner Familie, als Maler, Filmemacher und Dramatiker – immer war er ein Außenseiter. In Nowawes bei Potsdam geboren, in Bremen und Berlin aufgewachsen, floh der Sohn eines jüdischen Kaufmanns mit seinen Eltern über London und Prag nach Schweden, wo er auch nach 1945 im Exil verblieb. Ein Grenzgänger zwischen den Fronten, Störenfried hier wie dort.

„Die Ermittlung", das noch immer ergreifendste Stück über Auschwitz, wurde im Westen verrissen. Sein Drama über die Ermordung von Trotzki durch Stalin dagegen brachte ihm im Osten Spielverbot. Zerrieben zwischen den Blöcken schuf er den bedeutendsten Roman der deutschen Nachkriegsliteratur – „Die Ästhetik des Widerstands". Auch heute steht seine Position quer zu allen Debatten um den 8. Mai als Tag der Befreiung oder der Niederlage. Denn sein Roman zeigt, dass der jahrzehntelang von der Linken gefeierte Sieg über den Faschismus nur der Endpunkt einer Kette von Niederlagen war, denen die Aufrechtesten und Feinfühligsten zum Opfer fielen – ermordet unter Hitler und Stalin. Für ihr sensibles Fernsehporträt über diesen großen Außenseiter wurden der Berliner Regisseur Ullrich Kasten und der Jenaer Autor Jens-F. Dwars 2004 mit dem Adolf Grimme-Sonderpreis ausgezeichnet – zum zweiten Mal nach ihrem Film über Johannes R. Becher (2001).

Donnerstag, 26.05.2005, 19.30 Uhr
Kulturzentrum Paradox / Bremen

„Opa war kein Nazi"

Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis
Seminar mit Dr. Sabine Moller

Das Forschungsprojektes „Tradierung von Geschichtsbewusstein" hat mit Hilfe von Interviews die Weitergabe von Geschichte und Geschichtsbildern zum Holocaust und zum Nationalsozialismus innerhalb von Familien untersucht. Frappierendes Ergebnis: Je weiter der Nationalsozialismus zurückliegt, umso widerständiger wird die eigene Familiengeschichte wahrgenommen und interpretiert. Gerade die Enkelgeneration der heute 20 bis 40 jährigen neigt dazu, die Verwicklung eigener Vorfahren in den Nationalsozialismus zu beschönigen, wenn nicht zu leugnen. Im Familiengedächtnis finden sich die eigenen Vorfahren vor allem als Opfer von Krieg und Vertreibung wieder. Dies wirft auch ein kritisches Licht auf die offizielle Gedenkpolitik und die Erinnerungspolitik, wie sie z.B. an Schulen gepflegt wird.

Das Seminar bietet Gelegenheit die Erkenöntnisse des Forschungsprojektes mit einer der damaligen MitarbeiterInnen zu diskutieren. Thema könnten auch Schlussfolgerungen aus seinen Ergebnissen für die historische und politische Bildung und politischen Aktivismus allgemein sein.

Das Seminar setzt minimale Kenntnisse der Thematik voraus. Einige Texte zum Thema sind über http://www.memory-research.de/research.htm erreichbar.

Sabine Moller ist Historikerin und war Mitarbeiterin des Forschungsprojektes „Tradierung von Geschichtsbewusstein" an der Universität Hannover. Aktuell arbeitet sie am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, Forschungsgruppe Vergleichende Tradierungsforschung. Sie ist Mitverfasserin des Buches „Opa war kein Nazi", Frankfurt 2002.

Samstag 28. 05. 05, 12 Uhr bis ca. 17 Uhr
Ort: Bremen

Begrenzte TeilnehmerInnenzahl, verbindliche Anmeldung bitte bis 13. Mai unter huettner@luxemburg-initiative.de

»Fritz Bringmann. Erinnerungen eines Antifaschisten 1924-2004«

Lesung und Diskussion mit Fritz Bringmann

Im April 1944 fliehen zwei KZ-Häftlinge während ihres Einsatzes bei der 2. SS-Baubrigade in den Straßen Bremens. Einer der beiden ist der Lübecker Antifaschist Fritz Bringmann, der zum Zeitpunkt seiner Flucht 9 Jahre in Gefängniszellen und Konzentrationslagern des Nazistaates gefangen gehalten wurde. Nur wenige Wochen später wird er wieder gefasst und zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, - am 17. Mai 1945 schließlich wird er von den alliierten Besatzungsmächten aus dem Gefängnis Bremen-Oslebshausen auf freien Fuß gesetzt. Fitz Bringmann stammt aus einer Lübecker Arbeiterfamilie, wie auch der Großteil seiner Brüder organisierte er nach der Machtübergabe an die Nazis antifaschistischen Widerstand. Gerade siebzehnjährig wurde Fritz 1935 von der Gestapo verhaftet, gefoltert und durch mehrere Gefängnisse und Konzentrationslager geschleppt. Hier erfuhr er neben der unmenschlichen Behandlung durch die SS auch große Solidarität der Gefangenen und wurde dort schließlich Kommunist.

Nach dem Neubeginn 1945 beteiligte sich Fritz Bringmann am Aufbau der FDJ in Lübeck und setzte seine antifaschistischen Arbeit in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Lagergemeinschaft Neuengamme fort. In den Jahrzehnten nach der Befreiung hörte er nie auf sich gesellschaftspolitisch zu engagieren: Der Kampf gegen das Vergessen, gegen die Renazifizierung des Staatsapparates, das KPD-Verbot, antikommunistische Schikanen, die Ungerechtigkeit der Entschädigungsverfahren sind einige der wichtigsten Felder.

Zwanzig Jahre hat Fritz Bringmann an seinem Buch gearbeitet, mit dem er »eine Tür offenhalten« möchte »für diejenigen, die etwas wissen wollen über die Zeit, in der ich gelebt habe und gegen diejenigen, die diese Tür gern zuschlagen würden«.

Wir wollen aus der Autobiografie Fritz Bringmanns vor allem Episoden lesen, die die Zeit nach 1945 behandeln, gerade auch, weil viele Aspekte dieser Jahrzehnte noch bis heute lieber unter den Tisch gekehrt werden.

Ort und Datum stehen noch nicht fest, wahrscheinlich Juni 2005. Achtet auf weitere Ankündigungen!

In Kooperation mit der VVN/BdA Bremen.

REPRESSIONEN GEGEN MAGdEBURGER SPRAYER

Jetzt ist sie endlich raus, die Katze aus dem Sack. Wie schon vor einigen Wochen berichtet erwägte die Stadt Magdeburg sich in Sachen Graffiti etwas einfallen zu lassen um die bösen Schmierfinken aus der Stadt zu vertreiben. Was dabei raus kam, kann nur als blöder Scherz verstanden werden, oder? Lest einfach selbst....
Nun ist es raus, die Stadt Magdeburg und ihre Oberhäupter haben sich zum 12hundertsten Geburtstag der Stadt etwas ganz tolles einfallen lassen, nämlich den Kampf gegen eine eher im Untergang befindliche Graffiti-szene.

Doch Rückblick:

Vor einigen Wochen mahnte ein gewisser Herr Frommhagen aus Magdeburg (mehrfacher Lokalbesitzer und Vorsitzender der IG Innenstadt) die Stadt, endlich etwas gegen die Verstaltung der Stadt durch Graffiti zu tun. Es ließ nicht lange auf sich warten und wie das dann halt so ist, machten alle mit. So hatte jede Fraktion, jeder nichtsbedeutende Möchtegern-Highsocieties in Magdeburg und noch einige mehr etwas zu sagen und was dabei rauskam war eine von der Magdeburger Volksstimme einseitig forcierte Diskussion, deren Ende abzusehen war.

Erinnern wir uns, fast mit einem Lächeln beschrieben wir die Maßnahmen welche ergriffen werden sollten:
so zum Beispiel das Anti-Graff-Mobil der FDP oder das schonmal erwähnte Verbot vom Verkauf von Spraydosen.

Doch wer denkt, dass kann schon der Höhepunkt der Dreistigkeit sein, der muss sich geirrt sehen und wird gleich feststellen, wozu Politiker noch so in der Lage sind.

Nachdem nun auch schon in Magdeburg erste Sprayer mit einer DNA-Abgabe konfrontiert sind/waren, setzt der beschlossene Maßnahmenkatalog der Stadt allem den Deckel auf.

Da sind:

- das FDP-Anti-Graff-Mobil wurde durchgesetzt damit innerhalb von wenigen Stunden städtische Gebäude gereinigt werden können
- Hausbesitzer sollen verpflichtet werden innerhalb von 48 Std. Graffitischäden zu beseitigen (um die lust am sprühen zu nehmen)
- dafür wurde eine Hotline geschaltet unter der Opfer sich dafür geeignete Firmen zuschicken lassen können
- eine Anwendung der Ordnungsstrafen soll nun effektiv stattfinden

und jetzt kommts:

- bekannten Sprayern soll das Mitführen von Spraydosen in der Zeit von 20 - 6.00 Uhr gesetzlich verboten werden!!!

Ihr denkt jetzt wie? Wir auch und so stellen wir uns die Frage, gibt es solche Hirngespinste auch in anderen Städten??? Fakt ist, laut Angaben der Stadt sind schon 8 polizeibekannte "Schwerverbrecher" betroffen und wie sich das in den kommenden Tagen aus-weitet scheint klar.

Wir werden uns jedoch nicht davon abschrecken lassen ob mit dem oder ohne dem "Du-darfst-Schein".

Klar ist, wir feiern den 12hundersten Geburtstag auf unsere ART und lassen uns dabei von keinem Stören...

Ach übrigens, da auf die Stadt kein Verlass ist, wenn am 1. Mai die Nazis in unserer Stadt marschieren, fordern wir euch auf, achtet auf Ankündigungen betreff diesem!!!

Kein Fuszbreit den Idioten ob nun BRAUN oder KONSERVATIV!!!
Magdeburg wird bunt nicht braun!!!

Einige Magdeburger Sprayer

Interview mit Marco und Daniel, zwei Betroffenen des §129a Verfahrens in Magdeburg.

Die barricada (Nürnberg) hat sich mit ihnen über das Verfahren, die Szene in Magdeburg, den Knastalltag, erfahrene Solidarität und den Ausgang ihres Verfahrens unterhalten.

Welche Art der Repression habt ihr in Magdeburg erfahren?

Marco: Es geht um den §129, der immer wieder auch gegen die radikale Linke in Deutschland angewandt wird, sei es in Göttingen, Passau oder dem Radikal Verfahren. Durch den §129 werden auch viele nichtdeutsche Revolutionäre in deutsche Knaste gebracht, dazu ist zu sagen, dass es mehr nichtdeutsche politische Gefangene in deutschen Knasten gibt als deutsche politische Gefangene. Der §129a ist ein Gesinnungsparagraph. Er stellt die Gesinnung, Mitgliedschaft oder Unterstützung einer Organisation unter Strafe. Er wurde eingeführt in den 70er Jahren zur Bekämpfung der bewaffneten Gruppen in der BRD, seitdem findet ein inflationärer Gebrauch des §129 statt, vorallem gegen legale Gruppen und ausschließlich gegen die Linke. Die Funktion des §129 ist Durchleuchtung, Einschüchterung und Zerstörung linker Strukturen.

Revolutionäre Politik wird in vielen Städten der BRD gemacht. Warum schlugen die staatlichen Repressionsorgane gerade in Magdeburg zu?

Daniel: 2000 entstand in Magdeburg eine neue linke Gruppe, der Autonome Zusammenschlusz (AZ), eine Gruppe die sich nicht auf Antifa beschränkt hat, sondern die Vereinigung aller Teilbereichskämpfe in einer revolutionären Perspektive anstrebte. Es ging um Antifa, Internationalis-mus, den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, die Unterstützung antirassistischer Initiativen und mit der Besetzung der „Ulrike" auch um Häuserkampf. In Magdeburg gab's dazu eine kontinuierliche militante Praxis im politischen Kampf, sowie zur sozialen Lebenssicherung, es gab eine radikale Ablehnung der herrschenden Verhältnisse durch die Magdeburger Bewegung, und es war auch so, dass sich Magdeburger Gruppen an der Militanzdebatte in der Interim beteiligt haben. Marco: Es entwickelte sich in Magdeburg eine Dynamik, die nicht viel auf die herrschenden Gesetze gab: die Linke hatte kein Zentrum, sie nahm sich eins, die „Ulrike". Die Demonstrationen in den ersten beiden Jahren wurden aus Prinzip nicht angemeldet, es wurde kollektiv klauen gegangen, um das Leben im Haus auch ohne Kohle auf die Reihe zu bringen.

Ab 2000 tauchte der AZ bereits im Verfassungsschutzbericht auf, ab 2001 ermittelte das LKA und ab 2002 das BKA. Die Observation gegen die radikale Linke in Magdeburg wurde immer offensichtlicher, wie gings richtig los?

Daniel: Als erste Maßnahme des 129a wurde das Haus geräumt und 24 Stunden lang durchsucht, wir durften nicht mehr rein, sprich 35 Menschen waren auf der Strasse gesessen. Sie haben sich dann auf Wohngemeinschaften verteilt. Durch dieses Verteilen in Wohngemeinschaften war es den Bullen einfacher, bestimmte personelle Zusammenhänge zu erkennen. Am 27.11.2002 gab es dann die
Festnahmen von mir und Marco, zeitgleich gab es 4 Hausdurchsuchungen: 2 in Magdeburg, eine in Quedlinburg und eine in Berlin. Während ich in Quedlinburg bei meiner Mutter festgenommen wurde, wurde Marco vor seinem Haus beim Bäcker von einem MEK-Team überwältigt. Am Abend auf dem Weg zur Raucherzelle haben wir dann die Schuhe vom jeweils anderen vor einer Zelle stehen sehen und wußten so wen's noch erwischt hatte. Als wir am nächsten Tag in einem BKA-Konvoi nach Karlsruhe gekarrt wurden, ist's mir gedämmert, dass wir wohl so schnell da nicht wieder rauskommen würden. In den Bunkerzellen im BGH hast du einen Haufen linker Sprüche an der Wand, meist ältere und nichtdeutsche Parolen. Da wurde einem schon klar, für wen diese speziellen Zellen sind. Der Haftrichter hat dann unsere U-Haft beschlossen. Ich kam zunächst nach Rheinbach und Marco wurde nach Köln-Ossendorf gebracht.

Ihr wart beide fast ein Jahr in U-Haft, was habt ihr erlebt?

Marco: Wie gesagt waren wir zunächst in Rheinbach bzw. in Köln-Ossendorf. Die Leute wußten warum wir da waren, ich hatten den ersten Monat praktisch kein Geld für Tabak und so, das wurde mir von meinen Mithäftlingen zugesteckt. Die anderen bei mir im Trakt haben mich immer „Terror" genannt, aber nicht böse, sondern eher liebevoll. Dann wurden wir wegen Heimatnähe und auf Druck unserer Anwälte nach Berlin Moabit verlegt. Während man in Rheinbach, in einem eher kleinen Knast, sich gegenseitig unterstützt hat, ist in Berlin jeder sich selbst der Nächste, versucht Neuankömmlinge abzuziehen. Ende Februar hatten wir dann wieder Haftprüfung in Karlsruhe.
Daniel: Zum Zeitpunkt der Festnahme wurden uns 2 Anschläge vorgeworfen, einen auf ein LKA-Gebäude und einen auf ein BGS-Fahrzeug. Rausgegangen aus der Haftprüfung sind wir dann mit dem Vorwurf von 4 Anschlägen. Im April 2003 gab es 12 weitere Hausdurchsuchungen, erneute Vernehmungsversuche von Aktivistinnen und schließlich um das Konstrukt des §129 (mindestens 3

Personen erforderlich) aufrecht zu erhalten, die Festnahme von Garsten, der dann auch nach Moabit kam. Marco: Kurz vor der Verlegung nach Halle zum Prozeßbeginn hatten die Anwälte so eine Art Zusammenkunft durchgesetzt, wo wir drei und die Anwälte mehrere Stunden zusammen total unzensiert über alles quatschen konnten, das war ne Riesennummer... es gibt aber auch so im Knast immer die Möglichkeit miteinander zu kommuni-

Kurz vor Prozeßbeginn gabs Anschläge der Militanten Gruppe (mg) auf die Staatsanwaltschaft Halle und das OLG Naumburg, wie habt ihr die wahrgenommen ?

Daniel: Die Anschläge kamen zu einem äußerst schlechten Zeitpunkt, das Gericht hatte signalisieren lassen, den §129a fallen zu lassen. Genau zwischen den Anträgen unserer Anwälte auf Haftverschonung und Entscheidung des Gerichts vielen die Anschläge und die Stimmung war erst mal im Keller. Es ist ziemlich schwer objektiv zu bleiben, wenn du da drin sitzt und subjektiv betroffen bist. Der Knast in Halle hat einen ziemlichen Naziruf, als wir da hin kamen, waren die Anschläge Thema unter den Gefangenen, die wußten wer wir waren und dass die Anschläge wegen uns waren. Zumindest bei mir im Trakt, muß ich sagen, dass
die Anschläge der mg mir das Leben dort leichter gemacht haben.

Und dann kam der Prozeß ...

Marco: Ja genau, unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen, vermummte Transportbullen, Hand- und Fußfesseln. Auf den ersten Prozeßtag haben wir uns Wochen gefreut, einfach aus dem Grund, alle mal wieder zu sehen, Freundinnen, Genossinnen, Familie, alle zusammen. Ich war total überfordert von der Reizüberflutung, alle Leute winken, geben Zeichen, versuchen dir was zu stecken, während du vorher in der Zelle seit einem Jahr emotional voll auf dem Trocknen gesessen bist.
Daniel: Das der §129 hinfällig geworden war, zeichnete sich bereits nach den ersten drei Prozeßtagen ab. Die Zeugenbefragung war äußerst knapp, die meisten Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt, zum Ende des Prozesses hat man schon mitgekriegt, dass das Gericht uns versucht zu diffamieren. Am 23.11.2003 wurden wir aus der U-Haft entlassen, wohl eher aus taktischen Gründen, um einerseits die Solibewegung zu schwächen und andererseits unsere Anwälte zu täuschen. Die mündliche Urteilsverkündung war dann gleichzeitig der Höhepunkt der Diffamierung: der Anschlag auf Daimler Chrysler wurde mit brennenden Synagogen verglichen. Es vielen Sätze, wie: „ja damals hat's ja auch mit Bücherverbrennung angefangen, und dem muß man halt frühzeitig entgegen wirken Die Verurteilung fand ohne Tatnachweis statt: Ich habe 2 Jahre gekriegt und Marco 2,5 Jahre. Marco: Die Anwälte sind in Revision gegangen, für mich gab's ne Revision, die ausschließlich ums Strafmaß ging, rausgekommen sind 2,5 Jahre. Bei Daniel wird das komplette Verfahren nochmal aufgewickelt, weil er beim Prozeß 20 Minuten unverteidigt war. Leute, die sich im ersten Prozeß auf ein Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund der Gefahr der Selbstbelastung berufen konnten, können dies jetzt nicht mehr tun, weil die Ermittlungen gegen sie mittlerweile eingestellt wurden. Das bedeutet bei Aussageverweigerung Beugehaft.

Der Höhepunkt der Solibewegung war die bundesweite Demo am 25.10.2003 als 2500 radikale Linke unter dem Motto „Linke Politik verteidigen" in Magdeburg auf die Strasse gingen.

Daniel: Ja, wir haben das den ganzen Tag im Radio mitverfolgt und abends dann die überwältigenden Bilder im Fernsehen gesehen, das hat schon sehr viel Kraft gegeben. Es gab auch vorher schon Postkartenaktionen, sowieso haben wir viel Post von Leuten bekommen, die wir noch nie gesehen hatten. Man kriegt so mit, was draußen abgeht. Auch die Knastkundgebungen in Berlin waren der Hammer, wenn man merkt, die Leute vergessen einen nicht und alle Gefangenen machen Lärm und rufen „Freiheit Freiheit Freiheit!"

aus der barricada, März 2005

nach drei jahren aufreibender besetzung gab es ihn: den wagenplatz am stau. uns gibt es nach zehn jahren und an die hundert (ehemalige und aktuelle) bewohnerInnen immer noch, und das ist grund genug zum feiern:

vier tage (donnerstag bis sonntag) mit top oder schrott plattenparty, lekker vokü, rummelplatz, kreidler-ringreiten, konzert, kinderbespaßung, zelten, fotoausstellung und kickerturnier.

und was wir noch alles auf die beine gestellt kriegen.

5. bis 8. Mai wagenburg stau 117 a

G8 K.O. Newsletter [de]

Themen:
Mobilisierung hier / UK +++ G8 Hintergründe +++ Rechtsinfos +++ G8 2007 in MeckPomm +++ PGA Eckpunkte +++ Kontakt +++

 # Ø1

Februar 2005

Deutschsprachige (D/CH/A) KOordination gegen das G8-Treffen im Juli 2005 in Schottland

Einleitung

Dieser Newsletter ist für alle gedacht, die sich über die Mobili-sierung gegen den G8 2005 in Gleneagles und über das Netzwerk im deutschsprachigen Raum auf dem Laufenden halten wollen.

Wir planen, den Newsletter zuerst einmal monatlich, ab April/Mai alle zwei Wochen herauszugeben . Wir wollen kurz und knapp die wichtigsten Informationen zusammentragen. Zu allen Themen sind aktuelle Infos immer auf unserer Homepage zu finden.

Der Newsletter wird sowohl elektronisch wie auch als Kopiervorlage auf unsrer Homepage zu finden sein. Zum selber Ausdrucken, Kopieren, Verteilen – im Infoladen, in Mensa, Bibliothek oder beim Friseur!

Anregungen, Artikelwünsche und Beiträge gerne an uns! (siehe Kontakt)

Mobilisierung UK

Protest und Widerstand in Schottland wird vielfältig: Zur Zeit gibt es so eine Art Dreifaltigkeit der britischen Anti-G8-Mobilisierung.

Zum einen wäre da ein Bündnis aus Kirchen und NGOs, die unter der dem Namen „Make Poverty History" („Macht Armut zu Geschichte") agieren. Sie haben sich auf die Fahne geschrieben, das Jahr 2005 zum Jahr gegen Armut zu deklarieren und dazu verschiedene Aktionen, so eben auch zum G8, zu starten. Eine erste Grossdemonstration des Bündnisses im

Herzen von London hat bereits das Interesse einer breiten Öffentlichkeit auf sich gezogen, und selbst die Meainstreampresse hat ausgiebig darüber berichtet. Das macht wohl deutlich, dass es sich dabei um eine eher syste-konforme Art des Protests handelt.

„Make Poverty History" ruft zu einer Grossdemonstration in Edinburgh auf, am Samstag den 3.7.2005 – kurz vor Beginn des G8-Gipfels. Andere Bündnisse werden diese Demo als Auftakt zu vielen weiteren Aktionen nutzen ...

9. - 10. April
bundesweites Vernetzungstreffen in Mannheim

6. - 10. April
Dissnt!-Festival Lanarkshire_Scotland
mehr im Internet

Der zweite Strang der Mobilisierung nennt sich „G8-Alternatives" und besteht zu großen Teilen aus der Socialist Workers Partei (SWP), die auch schon maßgeblich an der Organisation des (offiziellen) European Social Forums 2004 beteiligt war. Die bisher geplanten Aktionen sind zum einen eine Art Festival in Edinburgh am Abend des 3.7.2005, und zum anderen die Sperrung des Gleneagles Bahnhofs am ersten Tag der Konferenz (6.7.2005).

Fraglich ist nur, ob sich dies nicht noch ändern wird, da der Verlauf der „Roten Zone" (komplett gesperrter Bereich um den Tagungsort) bisher immer noch nicht 100%ig sicher ist. Zieht man in Erwägung, dass die Einwohner von Gleneagles schon jetzt spezielle ID-cards bekommen haben, so wird es wohl eher unwahrscheinlich, dass der Bahnhof zur Zeit des Gipfels noch offen ist. Vielmehr wird gemunkelt, dass sie durch die frühzeitige Ankündigung der Aktion der Polizei in die Hände spielen, so dass diese die Roten Zonen sehr weiträumig ziehen werden.

Die dritten im Bunde ist „dissent! A network of resistance!" Dieses besteht aus zahlreichen lokalen Gruppen und Einzelpersonen aus der UK und aus dem Ausland. Auf der Grundlage der Peoples Global Action (PGA) Eckpunkte (siehe Kasten) will dissent! gemeinsam gegen die mächtigen Herren vorgehen. Die geplanten Aktionen stehen nicht einfach im Internet und werden dementsprechend auch hier noch nicht präzisiert. Sicher ist: die Aktionen werden sehr vielfältig sein, es kann sich jetzt und auch kurzfristig noch eingebracht werden.

Zur Zeit kümmert sich dieses Netzwerk auch verstärkt um Aufklärung, Unterkünfte, Anreise, Legal support und was man sich noch so wünschen würde. Dennoch sind die Kapazitäten sehr beschränkt, und so sind auch wir gefragt in Sachen Volksküchen, Street medics usw. mitzuhelfen (Bei Interesse siehe Kontaktadressen). Auch sind die finanziellen Mittel viel schwerer zu organisieren, als wir das gewöhnt sind: ohne geldgebende Studierendenvertretungen, Gewerkschaften, politische Stiftungen etc. ist dissent! komplett auf Spenden angewiesen. Also tut euch zusammen, organisiert eine Soli-Party und schickt das Geld rüber!

Für all diejenigen die nicht vorhaben, im Sommer Regen und Mücken in Schottland kennenzulernen, sei an dieser Stelle auch auf den PGA Aufruf zum Global Action Day hingewiesen. Ziel dabei ist es, am Mittwoch den 6.7.2005 (dem ersten Tag der Konferenz), überall auf der Welt lokale Aktionen zu starten.

Mobilisierung im deutschsprachigen Raum

Auf einem internationalen Treffen beim autonomen European Social Forums in London im letzten Oktober haben wir beschlossen, das dissent! Netzwerk auch im deutschsprachigen Raum auszu-weiten.

Seitdem hat sich schon ein kleines Netzwerk gebildet, in dem inzwischen ca. 30 Städte involviert sind, um gemeinsam gegen den G8 in Gleneagles zu stehen (oder Golf als Teamsport zu entdecken). Bisher sind wir jedoch erst fast nur über Mailinglisten vernetzt, das wird sich aber ändern. Beschäftigt sind wir zur Zeit vor allem mit organisatorischen Sachen, also Poster und Flyer entwerfen und verteilen, Info-Veranstaltungen abhalten, Soli-Partys veranstalten, Vernetzung vorantreiben usw.

Geplant sind außerdem noch eine Info-Tour durch Deutschland, Österreich und die Schweiz, sowie eine inhaltliche Veranstaltungsreihe mit Themen rund um den G8. Die größte Aufgabe sehen wir darin, ein stabiles Netzwerk aufzubauen, das auf längere Zeit als bis diesen Juli angelegt ist – immer mit Blick auf 2007, wenn die G8 nach Deutschland kommen.

Legal Stuff/ Rechtsinfo

Hier teilen wir euch mit, wenn es neues gibt über die zu erwartende Repression. Bisher gibt es wenig Erfahrungen mit Massenprotesten in Schottland, und daher in diesem Bereich bisher vor allem Mut-maßungen.

Zum einen wird wohl nicht mit Wasserwerfern und Tränengas zu rechnen sein. Tränengas wurde in Großbritannien das letzte Mal in den 70ern eingesetzt. Die einzigen Wasserwerfer, die die UK besitzt, sind in Nordirland stationiert, wo am darauffolgenden Wochenende ein Großeinsatz auf Grund eines ProtestantInnen-Marsches stattfinden wird.

Einer schottischen Tageszeitung zufolge sollen allerdings vier Wasserwerfer aus Belgien eingeschifft werden. Ob es noch Änderungen zum Thema Tränengas gibt, werden wir sicher auch bald erfahren. Wir werden auf jeden Fall mit direktem Polizeikontakt, Pferden, Riot-Polizei und Kampfhunden rechnen müssen, ausserdem werden die Grenzkontrollen zur Zeit des Gipfels massiv verschärft werden.

Auch werden, neuesten Meldungen der schottischen Presse zu Folge, die Einsatztruppen gerade für den Gebrauch von Gummi-Geschossen ausgebildet. Die dürfen sie dann während des G8-Treffens auch das erste Mal einsetzen.

Die PGA Eckpunkte

1. Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus; und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die zerstörerische Globali-sierung vorantreiben.
2. Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.
3. Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennens-werten Einfluss haben kann auf undemo-kratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind;
4. Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus
5. Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist.

Gruppe der Acht (G8)

Der Gruppe der Acht (sieben führende Industrieländer und Russland) gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA an. Daneben ist in dem Gremium auch die Europäische Kommission vertreten.

Den Vorsitz übernimmt jeweils ein Land für die Dauer eines Jahres, für 2005 ist es Großbritannien. 2006 wird zum ersten mal Russland den Vorsitz einnehmen. Die G8 gilt nicht als internationale Organisation. Ihre Treffen sind informell, um in „entspannter Runde" globale Themen und Probleme zu beraten. Die G8 Länder vereinigen ca. 50% des Welthandels und des Weltbrutto-sozialprodukts auf sich. Es gibt im Rahmen des G-8-Prozesses ständige Konsultationen, Treffen und Absprachen unter den Vollmitgliedern.

Gegründet wurde die Gruppe als G6 (Gruppe der sechs) 1975 im Rahmen eines Kamingespräch auf Schloss Rambouillet, an dem die Staats- und Regierungschefs von Deutschland (vertreten durch BundeskanzlerHelmut Schmidt), Frankreich, Italien, Japan, UK und der USA teilnahmen. Die Themen damals waren die Währungspolitik nach dem Zusammen-bruch des Wechselkurssystems von Bretton Woods und die Reaktion auf die erste große Ölkrise. Damals war der Gipfel als Forum geplant, um in kleinem Kreis über Finanz- und Währungsfragen zu diskutieren. Außenpolitische Themen haben sich dann aber bald in den Vordergrund geschoben.

Aus den jährlichen Treffen in kleiner Runde ist inzwischen eine permanente Kooperation auf der Ebene von Ministern und hohen Regierungs-beamten geworden. Sie bereiten die jährlichen Gipfel vor, stimmen nationale Positionen (wie die Neoliberalisierung) ab und unterhalten auch zwischen den Treffen enge Kontakte. So abgestimmt können sie in anderen Organisationen wie IWF+Weltbank ihre Interessen geschlossen vertreten.

G8 2007 – in Deutschland!

Laut neueren Informationen soll das Treffen der G8-Staatschefs 2007 im schmucken Heiligendamm an der Ostsee stattfinden.

Heiligendamm wird als das älteste Seebad der Ostsee angepriesen („...dunkle Buchenwälder, weisser Strand und Wellenrauschen – das älteste Seebad Deutschlands lässt sie träumen..."). Es liegt ca. 20km westlich von Rostock. Vermutlich werden es sich die Herren vom G8 im neu eröffneten „Grand Hotel Kempinski Heiligendamm" gemütlich machen.

Wir vom G8 K.O.-Netzwerk sind einem Badeurlaub natürlich auch nicht abgeneigt, und sind deshalb jetzt auch schon dabei uns zu überlegen, wie wir unseren Aufenthalt an der schönen Ostsee – sagen wir mal: interessant und unterhaltsam gestalten können. Fortsetzung folgt ...

Kontakt

* Mailingliste für die Koordination im deutschsprachigen Raum (Dies ist kein Newsletter, bitte nur eintragen wenn ihr wirklich an aktiver Mitarbeit interessiert seid). Eintragen unter: http://lists.kommunikationssystem.de/mailman/listinfo/g8resist2005
* Homepage des dissent! network mit Aufrufen, Fotos, Rechtstipps u.v.m. In Englisch: http://dissent.org.uk/
* Homepage auf deutsch: http://de.dissent.org.uk/
* Kontaktadresse: german-g82005@riseup.net

Argentinien: Drohungen gegen besetzte Fabrik

In der besetzten Kachelfabrik Zanon produzieren die ArbeiterInnen seit drei Jahren in Selbstverwaltung. Sie konnten mehrere Räumungsversuche abwehren. Das Ende des Konkursverfahrens und eine mögliche Legalisierung stehen in Kürze an. Jetzt werden die ArbeiterInnen schmutzigen Methoden angegriffen: mit Morddrohungen und Überfällen.

In der Nacht zum 26. Februar hinterliess ein anonymer Anrufer mit verstellter Stimme eine Morddrohung auf dem Anrufbeantworter des Privattelefons von Raúl Godoy, dem Vorsitzenden der örtlichen Kachelarbeitergewerkschaft SOECN. Die Drohung bezog sich auf Raúl Godoy, seine Freundin und auf Alejandro López, der ebenfalls zur Leitung der SOECN gehört und bekannter Sprecher der besetzten Fabrik ist.

Eine Woche nach den telefonischen Morddrohungen kam es zu einem blutigen Überfall. Am 4. März wurde die Frau eines Zanon-Arbeiters entführt, bedroht und verletzt. Drei Männer und eine Frau zerrten die 24-Jährige in ein Auto, schlugen sie und drohten, auch ihrem Kind etwas anzutun: sie wüssten genau, wo sie ihr Kind lässt, wenn sie zur Arbeit fährt. Sie verfügten über Detailwissen und müssen die Familie systematisch beobachtet haben. Mit einem scharfen Gegenstand fügten sie der Frau blutige Schnitte am Oberkörper und im Gesicht zu und sagten: "Das ist für Godoy, für López und für Mariano Pedrero (den Anwalt der Zanonarbeiter). Das ist wegen Zanon. Sag denen, dass wir in der Gewerkschaft ein Blutbad anrichten werden. Wir wollen, dass du mit blutigem Gesicht dort ankommst, um ihnen zu zeigen, wie sie alle aussehen werden. Sie werden alle in die Fabrik umziehen müssen, denn wir werden sie sonst alle umbringen."

Nach zwanzig Minuten liessen die Vermummten ihr Opfer frei. Am folgenden Tag drangen die Täter in das Haus der Entführten ein und bedrohten sie erneut. Das Fahrzeug der Täter ist ein Ford-Falcon. Dieser Autotyp hat in Argentinien einen schrecklichen Symbolwert, denn er wurde von den Militärs für ihre Entführungen benutzt. Vor und während der Miliärdiktatur in Argentinien (1976-83) "verschwanden" 30000 Menschen. Die meisten von ihnen waren gewerkschaftlich und politisch aktive ArbeiterInnen.
Die Kachelfabrik Zanon produziert seit drei Jahren "unter Arbeiterkontrolle". In dieser Zeit haben die ArbeiterInnen die Produktion von 20000 m2 pro Monat auf 300000 m2 erhöht, und Einkommensmöglichkeiten für 170 weitere ArbeiterInnen geschaffen. Mittlerweile verdienen dort mehr als 430 ArbeiterInnen ihren Lebensunterhalt. Die Fabrik ist als herausragendes Beispiel von Arbeiterselbstverwaltung und Basisdemokratie in ganz Argentinien und über die Grenzen hinaus bekannt geworden. Die compañeros von Zanon haben ihre Erfahrung mit mehreren Auslandsreisen verbreitet; Raúl Godoy war im November 2003 in Deutschland, bei der Internationalen Konferenz von TIE und bei Veranstaltungen in mehreren Städten.

Die Fabrik Zanon befindet sich in Neuquén (Patagonien), einer Provinz, deren Gouverneur Sobisch als Hardliner gilt. Provinzinnenminister Manganaro hat in einer öffentlichen Rede Ende letzten Jahres die Arbeiter von Zanon als Lügner, Betrüger und Gesetzesbrecher bezeichnet, gegen die endlich vorgegangen werden müsse, und von Seiten der Provinzregierung gab es eine neue Räumungsdrohung gegen die besetzte Fabrik. Zanon hat als einziger der besetzten Betriebe in Argentinien bisher keinerlei Legalisierung erreicht. Im Februar hätte der Konkurs der Firma erklärt werden sollen. Dies wäre die Voraussetzung dafür, dass der Betrieb der von den Zanon-ArbeiterInnen gegründeten Kooperative FaSinPat (Fábrica sin

Patrones – Fabrik ohne Chefs) überlassen würde. Stattdessen hat der Konkursrichter das "Cram-Down"-Verfahren eröffnet: die Fabrik wird für Investoren zum Kauf ausgeschrieben. Den ArbeiterInnen wird damit ebenfalls "angeboten", als Investoren aufzutreten und die Fabrik zu kaufen. Zu diesem Thema fand am 18.2. im Hof der Fabrik eine der Vollversammlungen statt, bei denen sich die ArbeiterInnen regelmässig treffen, um eine gesamte Schicht lang zu diskutieren. Dort wurde das Cram-Down-Verfahren, das Spekulanten und Strohmännern Tür und Tor öffnet, sowie der Vorschlag, die Fabrik mitsamt der 170 Millionen Pesos Schulden von Zanon zu übernehmen, einhellig verurteilt. In einer öffentlichen Erklärung haben die compañeros von Zanon klargestellt, dass sie mit den Schulden dieses Unternehmers nichts zu tun haben. Sie fordern stattdessen weiterhin, dass ihre Arbeiterselbstverwaltung anerkannt, und dass die Fabrik endgültig enteignet und ihrer Kooperative zur Verfügung gestellt wird. Sobald die Ausschreibung eröffnet ist, wird es weitere Mobilisierungen der Zanon-ArbeiterInnen geben – um eventuellen Investoren klar zu machen, dass sie mit dieser Fabrik und diesen ArbeiterInnen nichts zu lachen haben werden. Sollte sich kein Investor finden, wäre der Weg frei für die Konkurserklärung und die Übernahme durch die Kooperative.

Die Drohungen und den Überfall sehen die ArbeiterInnen von Zanon als Teil der Eskalationsstrategie der Provinzregierung gegen die sozialen Bewegungen. Den Beginn der Repression datieren sie auf den November 2003. Damals ging die Polizei mit grosser Brutalität gegen Arbeitslose vor, denen die Zanonarbeiter in einer stundenlangen Strassenschlacht zuhilfe kamen. Mehrere Menschen wurden durch Gummigeschosse und sogar scharfe Munition verletzt. Der Zanonarbeiter Pedro Alveal verlor dabei ein Auge. Erst vor kurzem ist es den AnwältInnen der Zanonarbeiter gelungen, nach mehreren Einstellungen doch noch ein Strafverfahren gegen beteiligte Polizisten in Gang zu bringen.

Wenige Tage vor der Morddrohung gegen die Zanonarbeiter hatten zwei JustizbeamtInnen, die für Kinder- und Jugendschutz zuständig sind, ebenfalls telefonische Morddrohungen erhalten. Sie hatten sich gegen eine Verschärfung der Gesetze gegen Jugendliche ausgesprochen, die Innenminister Manganaro vorantreibt. Wegen dieser Vorfälle reiste sogar der Menschenrechts-Sekretär der Regierung Kirchner in die Provinz. Er versprach die Einrichtung eines Büros zur Beobachtung der Menschenrechtslage. Ansonsten könne er aber nichts machen, da diese Fragen in die Kompetenz der Provinzregierung fallen... Anonyme Morddrohungen gegen AktivistInnen gibt es allerdings auch in der Hauptstadt: gegen Arbeiter der U-Bahn „Subte", die vor kurzem mit Streiks gegen die Gewerkschaftsbürokratie zuerst den 6-Stunden-Tag und dann eine erhebliche Lohnerhöhung durchsetzen konnten.

Noch ist unklar, woher genau die derzeitigen Angriffe gegen die ZanonarbeiterInnen kommen, aber alle Hypothesen deuten in dieselbe Richtung: auf die Provinzregierung. Dies gilt auch für die Vermutung, dass der Unternehmer Zanon und die ehemaligen ihm treuen Gewerkschafter dahinterstecken könnten, die schon einmal versucht haben, den Betrieb mit Gewalt "zurückzuerobern". Auch diese Mafia hat beste Verbindungen zur Provinzregier-ungspartei MPN.

Nachdem zuerst bekannte Führungspersönlichkeiten bedroht wurden, ist nun die Frau eines Arbeiters angegriffen worden, der keinerlei besondere Funktionen in der besetzten Fabrik ausübt. Wenn die Täter damit sämtliche ArbeiterInnen einschüchtern wollten, haben sie sich verrechnet. Bei einem Diskussionstag in der Fabrik über die Vorfälle haben die ArbeiterInnen ihre Einheit und Entschlossenheit bekräftigt. Die Entführte selbst hat sie aufgefordert, auf keinen Fall in ihrem Kampf nachzulassen und sich durch diesen Überfall nicht aufhalten zu lassen.

Diese Entschlossenheit haben am 8.3. in Neuquén 5000 Menschen demonstriert. Die entführte compañera ging bei dieser Demonstration in der ersten Reihe. Die CTA (einer der drei Gewerkschaftsdachverbände, der vor allem im Öffentlichen Dienst vertreten ist) hat für diesen Tag in der Provinz Neuquén zu einem Streik mit Mobilisierung aufgerufen. Bei der Demonstration waren neben den ZanonarbeiterInnen und ihren Familien besonders viele LehrerInnen. Unterricht hat an diesem Tag in der Provinz kaum stattgefunden. In der über tausend Kilometer entfernten Hauptstadt Buenos Aires haben am Vorabend im instandbesetzten Vier-Sterne-Hotel BAUEN die Arbeiter der U-Bahn „Subte" ein grosses Treffen organisiert, bei dem viele Organisationen und Delegationen aus Betrieben ihre Solidarität mit den ArbeiterInnen von Zanon bekräftigt haben. Hier wurde beschlossen, nächste Woche mit einer „Karawane" nach Neuquén zu fahren, und zeitgleich mit den Zanon-Arbeitern in der Hauptstadt zu demonstrieren. Etwa zweihundert Leute haben dort zwei Stunden lang die Vertretung der Provinz Neuquén belagert.

Wieder einmal hat sich gezeigt, dass die ArbeiterInnen dieser besetzten Fabrik mit grosser Unterstützung aus der Bevölkerung und anderen Betrieben rechnen können. Da zu befürchten ist, dass die Angriffe weiter gehen oder noch weiter eskalieren, ist Solidarität zur Zeit besonders nötig.

von wildcat
Homepage:http://www.wildcat-www.de

gefunden bei indymedia

Soli-Erklärungen und Kontakt:
prensaobrerosdezanon@neunet.com.ar

Homepage der ArbeiterInnen von Zanon:
http://www.obrerosdezanon.org

Broschüre ‚Eine Fabrik in Patagonien - Zanon gehört den Arbeitern'
(Beilage zur Wildcat #68, Januar 2004)
als pdf-Datei:
http://www.wildcat-www.de/wildcat/68/w68_zanon.pdf

Algerien in den ersten Wochen 2005: Soziale Revolten, Streiks und Repression

Bericht von Bernhard Schmid (Paris) Teil 1

Ein kurioser „Armutsbericht“

Ein kleines Portrait der algerischen „Ökonomie“

Revolte gegen Gas- und Treibstoff-preise, und was das mit der WTO zu tun hat

Repression gegen Riots – und gegen Streiks (von Studenten, Lehrern, Ärzten)

Riots für Sozialwohnungen

Der Jahresbeginn 2005 in Algerien ist von teilweisen heftigen Auseinandersetzungen um wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen und um die Konsequenzen der existierenden Massenarmut geprägt. Ein kleiner Überblick, bei dem es sowohl um das in den letzten Jahren sich rapide ausbreitende Phänomen der <émeutes>, ein Zwischending zwischen Elendsrevolte und Bürgerprotest, als auch um gewerkschaftliche Konflikte und Debatten gehen soll.

Ein kurioser „Armutsbericht“

„72 302 Personen leben in Algerien in Prekarität“. Sozialminister Djamel Ould Abbès hat sie anscheinend genau gezählt, und so verkündete er Anfang Januar 05 in einem Radioauftritt gleich auch noch: „Wir haben keine Armut mehr in Algerien“.

Arme gibt es nicht mehr - sondern nur „Mittellose“ oder „Prekäre“, so die gleichzeitig ausgegebene Sprachregelung des Ministers. Knapp 600.000 von ihnen hätten sich im Laufe des vorigen Jahres bei seinen Dienststellen gemeldet, aber nach genauer „Überprüfung und Untersuchung“ seien eben nur noch 72.000 übrig geblieben. Ja, da gebe es noch diese Obdachlosen, die – ein neues Phänomen - für alle sichtbar in den Straßen von Algier und anderer großer Städte übernachten. „Unsere Dienste sammeln diese Personen (...) Tag und Nacht ein, waschen und verpflegen sie. Aber sie finden immer wieder Mittel und Wege, dorthin zurück zu kehren, wo wir sie aufgelesen haben.“ Ohne bösen Willen kann es eben wirklich nicht zugehen, wenn Leute, die sich keine Wohnung mehr leisten können, „immer wieder“ auf der Straße landen [1] .

A propos Armut, ein/e jede/r mache sich selbst ein Bild: Der gesetzliche Mindestlohn SNMG (Salaire national minimum garanti) in Algerien beträgt derzeit umgerechnet 120 Euro im Monat. Sozialleistungen beispielsweise für Arbeitslose gibt es kaum, oder nur für einen harten Kern ehemaliger Mitarbeiter von Staatsbetrieben, die aus betrieblichen Gründen entlassen wurden; von ihnen erhalten eine Million Menschen zwischen 10 und 30 Euro monatlich. Zum Jahreswechsel betrug die Arbeitslosenquote nach offiziellen Angaben noch 23 Prozent, womit sie aber gegenüber dem Beginn dieses Jahrzehnts (damals erreichte sie einen Spitzenwert von 30 Prozent) tatsächlich gesunken ist.

Ursächlich dafür ist vor allem der seit 2000 stark gestiegene Rohlölpreis auf den Weltmärkten. Von den dadurch angewachsenen Devisenreserven des algerischen Staates profitiert der Großteil seiner Bürger freilich nur in sehr geringem Maße.

Ein kleines Portrait der algerischen „Ökonomie“

In den Staatskassen liegen derzeit 40 Milliarden Dollar an Devisenreserven aus dem Erdöl- und Erdgasverkauf ein, die nicht ausgegeben werden. Ursächlich dafür sind die wirtschaftlichen Zwänge, die auf dem algerischen Staat lasten. So machten die internationalen Finanzinstitutionen Druck auf Algier, diese Devisen als Rücklage für die Bezahlung seiner Schulden bei westlichen Gläubigern zu behalten. Hinzu kommt die extreme Importabhängigkeit des Landes, nachdem der Versuch einer Diversifizierung der bisher allein von Erdöl und -gas abhängigen Ökonomie in den 70er Jahren unter anderem an den Zwängen von Weltmarkt und internationaler Arbeitsteilung scheiterte. 17 Milliarden Dollar wurden allein im Vorjahr 2004 für den Import von Konsumgütern ausgegeben (gegenüber 13 Milliarden im Jahr 2003. Drei Milliarden muss der algerische Staat an jene westlichen Konzerne, die bereits im algerischen Erdölsektor präsent sind, wenngleich bisher in minoritärer Position, abdrücken. Weitere 5 Milliarden wurden für die Zahlung von Schulden sowie Zinsen an westliche Gläubigerstaaten, -firmen und -banken und internationale Finanzinstitutionen aufgebracht [2] . Wehe also, wenn die Öl- und Gaseinnahmen demnächst nicht mehr so sprudeln sollten wie in den letzten vier Jahren. Dann ist es sofort vorbei mit der derzeitigen „Hochform“ der algerischen Ökonomie. Einen Ausweg aus der Armutsfalle bietet die derzeitige „Hochphase“ also für die große Mehrheit nicht.

Reich dagegen wird in Algerien vor allem, wer im (legalen oder illegalen) Importgeschäft tätig ist. Während zu Anfang des Jahrzehnts 75 bis 80 Prozent der im Lande vorhandenen Produktionskapazitäten (die meist während der staatssozialistischen Ära aufgebaut wurden) ungenutzt brach lagen, bereichern sich jene, die den Warenüberschuss westlicher bzw. nördlicher sowie teilweise auch asiatischer Konzerne ins Land bringen.

Nach Schätzungen der algerischen Tageszeitung „Le Quotidien d'Oran" vom September 2004 sind 60 Prozent der Handelsaktivitäten im Land „illegaler Natur". Der „informelle Sektor" weist einen größeren Umsatz auf als der produzierende Sektor. Man spricht auch von „Bazarökonomie", ein aus dem Mittleren Osten importierter Begriff (einen traditionellen Wochenmarkt nennt man dort Bazar, im Maghreb hingegen „Souq"), da beispielsweise im Iran ähnliche Strukturen vorhanden sind.

Das Ganze funktioniert deswegen, weil die vom Staat abgeschöpfte Erdölrente die (namentlich über das Bankensystem) bevorzugt an die Importateure verteilt wird, bisher die Finanzierung dieser ansonsten chronisch defizitäre „Import-Import-Ökonomie" finanziert. Nutznießer ist einerseits die neue Bourgeoisie, die aus der einst unter dem Staatssozialismus sich breit machenden Schattenwirtschaft hervorging und die hauptsächlich an Vermittlergeschäften ihr Geld verdient. Zum Zweiten sind es hohe Angehörige der staatsbürokratischen Nomenklatura und des Militärs, die über die teilweise illegal (und manifest gegen die Interessen des eigenen Landes) handelnden Import- und Schwarzmarktgrößen ihre schützende Hand halten. Die große Brücke, die vom Hafen von Algier ins Stadtzentrum führt, nennt man auch die „Brücke der Generäle", und man spricht vom „General des Zuckers" oder dem „General des Kaffees"... So bereichern sich die Spitzen der Armee oftmals über die, direkte oder indirekte, Patronage für solche parasitären Wirtschaftssektoren. Und drittens profitieren natürlich (beispielsweise) europäische oder ostasiatische Konzerne mächtig davon, dass sie über diese Kanäle der parasitären Wirtschaft ein ständiges Surplus ihrer Produktion in einem Land wie Algerien abladen können. Dabei in Kauf nehmend, dessen eigene Ökonome (außerhalb des Öl- und Gassektors, der den ganzen Mechanismus finanziert) zu zerstören.

Revolten gegen Gas- und Treibstoffpreise – Und was das mit der WTO zu tun hat

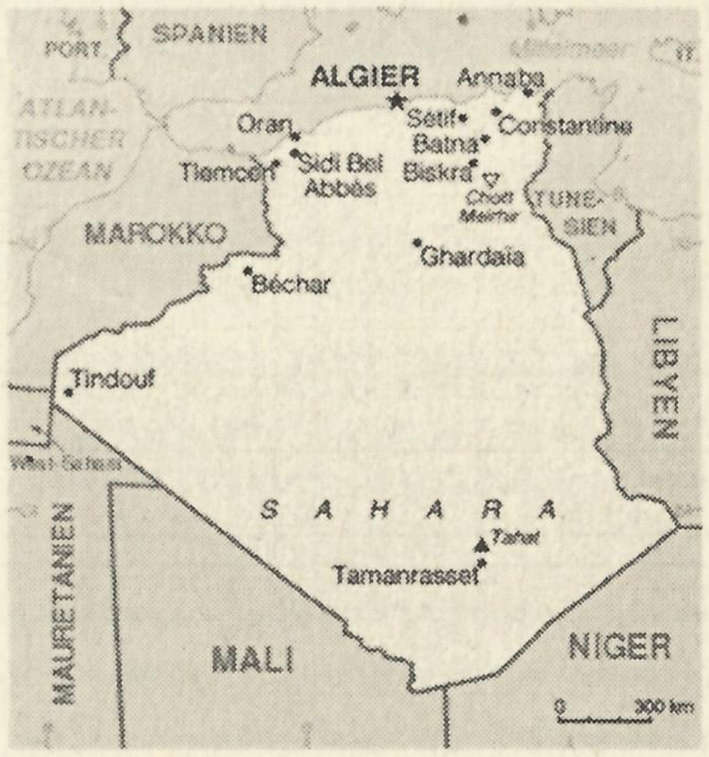
Eine Revolte, die daraus resultiert, dass viele Bürger sich Gasflaschen zum Heizen und (aufgrund gestiegener Treibstoffpreise) die täglichen Busfahrten nicht mehr leisten können: Das hätte man in einem Land, das zu den größten Exporten von Erdöl und Erdgas weltweit zählt, nicht unbedingt erwartet.

Dennoch erschütterten solche Unruhen in den vergangenen beiden Wochen größere Teile Nordalgeriens. In den Bezirkshauptstädten Djelfa, Bouria, Tlemcen und Tiaret wurden zahlreiche staatliche Gebäude angegriffen oder abgefackelt. Straßen wurden mit brennenden Autoreifen blockiert. Die herbei gerufenen Polizei und Anti-Aufstands-Einheiten setzten Tränengas und Hunde gegen aufgebrachte Demonstranten ein, konnten der Situation jedoch nur mühsam Herr werden [3] .

Am 14. Januar 05 war die jüngste Preiserhöhung für Butangasflaschen, die vor allem durch die ärmeren Haushalte zum Heizen und Kochen benutzt werden, und für Dieselkraftstoff in Kraft getreten. Die Gasflasche kostet nunmehr 200 Dinar (rund zwei Euro) statt zuvor 157 Dinar, was einer plötzlichen Erhöhung um mehr als ein Fünftel entspricht. Eine Familie benötigt im Winter etwa sechs Gasflaschen pro Monat. Der gesetzliche Mindestlohn SNMG in Algerien beträgt derzeit umgerechnet 120 Euro; Lehrer verdienen etwa das Doppelte davon und höhere Angestellte circa das Dreifache.

Der Dieselkraftstoff, der bisher 12 Dinar pro Liter kostete, wird um fast zwei Dinar teurer. Das Kabinett unter Premierminister Ahmed Ouyahia hatte ihn ursprünglich gleich um fünf Dinar erhöhen wollen, war damit aber im November 04 im Parlament gescheitert, das die Verteuerung des vor allem von öffentlichen Verkehrsmitteln benutzten Diesels auf einen Dinar begrenzen wollte. Daraufhin hatte die Regierungdie Erhöhung aber am 12. Januar 05jedoch per Verordnung, also am Parlaent vorbei, durchgesetzt und ihr auch gleich noch Rückwirkung bis zum Jahresbeginn verschafft. Die Ankündigung erfolgte zum denkbar schlechten Zeitpunkt: In derselben Woche erfolgte ein in diesem Ausmaß in Algerien kaum gekannter Kälteeinbruch, in der Nordhälfte des Landes schneite es bis auf 200 Höhenmeter herunter – und das im Landesinneren bis in die Saharastadt Ghardaïa. Vor allem auf den Hochplateaus des Atlasgebirges herrschen damit bittere Temperaturen, und dort kam es auch zu den ersten Zornesausbrüchen.

Die durch die Regierung beschlossene Preiserhöhung hängt eng mit dem internationalen Kontext zusammen. Nach einem seit drei Jahren währenden, zeitweise heftigen Konflikt mit



dem Gewerkschafts-Dachverband UGTA will die Regierung nunmehr im März 05 endgültig den Gesetzentwurf zur Öffnung der algerischen Erdöl- und Erdgasindustrie ins Parlament bringen. Dieses Herzstück der algerischen Ökonomie, von dem 97 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes abhängen, sollte in früheren Jahrzehnten die Mittel bereitstellen, um – im Kontext staatssozialistischer Rahmenplanung – das Land zu entwickeln und seine Produktion zu diversifizieren. Dieser Versuch scheiterte vor allem an den Zwängen, die aus der Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, der

wachsenden Staatsverschuldung und den Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) resultierten.
Derzeit hängt Algeriens Souveränität und finanzielle Liquidität fast ausschließlich an diesem Sektor. Aufgrund der Panik, vom internationalen Investitionszufluss abgeschnitten zu werden und den so wichtigen Sektor nicht mehr technologisch modernisieren zu können, ist ein Teil der im Lande herrschenden Oligarchie deswegen zu einer Öffnung für ausländische Investitoren und teilweisen Privatisierung bereit. Die für das Land höchst riskante Operation spaltete zunächst auch die Oligarchie in zwei Flügel, deren privatisierungsfeindlicher Teil sich auf die UGTA stützen konnte. Doch die Ergebnisse der Präsidentenwahl vom April 2004 sowie die jüngst durch UGTA-Chef Abdelmajid Sidi-Saïd erklärte Kapitulation des Gewerkschaftsbunds in dieser Frage (dazu demnächst Ausführlicheres) haben der Regierung den Weg geebnet.
Die Naftal, der für die Vermarktung der Ölprodukte zuständige Ableger des bisherigen Erdöl- und Erdgasmonopolisten Sonatrach, soll möglicherweise schon bald für westliches Kapital geöffnet werden. Deswegen sollen jetzt ihre Gewinnmargen erhöht werden, so dass aus Sicht der Regierung eine Erhöhung der seit 1998 „eingefrorenen" Preise für die Raffinerieprodukte Butangas und Diesel geboten schien. So schreibt die Tageszeitung „Le Quotidien d'Oran": „(Die neuen Preise) stärken das finanzielle Wohlergehen des Unternehmens, das seit 1998 über seine Umstrukturierung verhandelt, um sich darauf vorzu bereiten, mit der Konkurrenzöffnung konfrontiert zu werden. (...) Die ungenügende Gewinnspanne bildete, laut Leitungsmitgliedern der NAFTAL, eine Abschreckung für private Investoren..."[4]
Hinzu kommt der Druck der Welthandelsorganisation (WTO), der Algerien beitreten will – die Verhandlungen dazu werden in der letzten Februarwoche in Genf wieder aufgenommen. Die WTO klagt Algerien wie auch Russland an, im Inland andere Energiepreise als beim Export zu praktizieren: Darin bestehe eine nach WTO-Handelsregeln unzulässige Diskriminierung gegenüber wirtschaftlichen Akteuren aus dem Ausland. Darauf antwortete Algerien zunächst, indem es die im Inland praktizierten Tarife vereinheitlichte - so dass nach Argumentation der Regierung in Algier die Diskriminierung wegfällt, weil ein ausländischer Investor in Algerien ebenso günstige Versorgungspreise vorfinde wie algerische Betriebe oder Privathaushalte. Ob das Argument durch die WTO akzeptiert wird, bleibt noch unklar [5].
Dennoch beschloss die Regierung zugleich auch eine schrittweise Anhebung der Preise für Energieprodukte im Inland. So schreibt die Tageszeitung „Liberté" im Januar 05: „Durch diese Preiserhöhungen will die Regierung schrittweise die (Steuer-)Subventionen für Energieprodukte abschaffen, um sich den Regeln der WTO und den Prinzipien der Öffnung des Energiemarkts anzupassen. (...) Die Erhöhung der Treibstoffpreise wird sich über mehrere Jahre hinziehen, um mittelfristig die freien Preise (Anm.: auf den Weltmärkten) zu erreichen."[6] Sollte sich das bewahrheiten, dann wäre der Auslöser der jetzigen Revolten freilich nur der Anfang.

Repression und Justiz gegen Riots – und gegen Streikbewegungen (von Studenten, Lehrern, Ärzten...)

Gemäß der Richtlinie, die sich das algerische Regime nach der Präsidentenwahl vom 8. April 2004 gesetzt hat, sollen die Teilnehmer oder jedenfalls die „Rädelsführer" von Elendsrevolten oder Bürgerprotesten nicht mehr straffrei ausgehen. Seit dem Frühjahr 2001 ist es zu einer Vielzahl lokaler, oft spontaner Erhebungen gekommen.
Am vorigen Dienstag (25. Januar) wurden so 33 Angeklagte oft jugendlichen Alters aus El-Birine im Bezirk Djelfa abgeurteilt, sechs von ihnen erhielten je achtmonatige Haftstrafen ohne Bewährung [7]. Rund 20 weitere Angeklagte warten noc h die Vorführung vor das Gericht, in einigen Fällen vor den Jugendrichter. Auch im westalgerischen Tiaret werden am kommenden Dienstag (8. Februar) 26 „Aufrührer", unter ihnen alte Männer, ihr Strafmaß erfahren [8] .
Die Härte der Justiz sowie der Polizei bekamen jüngst auch die unruhigen StudentInnen an der geserllschaftswissenschaftlichen Universität von Ben Aknoun (in Algier) zu spüren. Am 13. Dezember waren anlässlich von Spannungen im Wohnheim mehrere Studenten, die gegen die korrupte Universitätsverwaltung protestierten, verhaftet worden. Letztere soll u.a. ansehnliche Summen, die angeblich für die Instandsetzung der beim Erdbeben vom 21. Mai 2003 beschädigten Hochschul- und Wohnheimgebäude investiert worden sind, eingesackt haben. Seitdem sitzt der Student Hamitouch Marzouke im Gefängnis von El-Harrache (Stadtteil von Algier), vorgeblich weil er sich Sachbeschädigungen im Wohnheim zu Schluden kommen ließ. In Wirklichkeit war der Student, der zum Sprecher seiner Kollegen im Wohnheim gewählt worden war, der Verwaltung deswegen ein Dorn im Auge.
Am 10. Januar riefen deswegen das „Kollektiv der autonomen Studentenkomitees" (CCA, Collectif des comités autonomes des universités d'Alger) und die Studierendenvereinigung Nedjma (Stern) zum Streik auf, der sich im Laufe des Montag auch auf andere Universitäten innerhalb von Algier wie Bouzaréah und Beni Messous ausweitete. Und sie besetzten daraufhin den Campus der Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus. In Tizi-Ouzou, Boumerdès (östlich von Algier) und der ostalgerischen Metropole Constantine fanden gleichzeitig Solidaritätsstreiks statt. (...)

... Sputnikkonzerte präsentieren ...

Alcohol Fino

Mestizo, Latin-Ska aus
Buenos Aires und Barcelona

29.4., 22 Uhr, Alhambra

Latin-Ska, Punkrock, Mestizo, Funk! Es ist eine wilde Mischung, die Alcohol Fino ihrem Publikum bietet.
Im kalten Dezember feierten die acht Musiker im Alhambra schon einmal eine südamerikanische Fiesta. Es war ein mitreißendes Konzert, das keines der rund 300 Besuchers so schnell vergessen wird.
Am 29. April kommen sie mit neuen Stücken im Gepäck wieder ins Alhambra nach Oldenburg!

Seit sechs Jahren spielen die acht Musiker aus Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Spanien zusammen. Zunächst in Buenos Aires, dann - seit drei Jahren - auch in Barcelona. Der Umzug in diese multikulturelle und offene Metropole hat die Band auch musikalisch weiter gebracht. Zu hören ist das auf ihrer zweiten CD – „Alta Tension".

Und doch war es eine Compilation, die sie außerhalb Spaniens bekannt machte: Auf dem Kultsampler "La Colifata", produziert von Manu Chao, spielen sie eine tragende Rolle. Alcohol Fino verbinden grandios ihre Latin-Roots mit Energie, heraus kommt dann ein schmackhafter Extrakt, explosiv, wild und vor allem tanzbar.

Acudimos a una Fiesta!

Und jetzt noch ne Programmvorschau: Endlich wieder im Alhambra
MARKSCHEIDER KUNST am Dienstag 10.05.; Einlass 21:00 Uhr
www.sputnikkonzerte.de

ALHAMBRA
ZEITUNG UND PROGRAMM

APRIL 05

TERMINE

APRIL

Fr.	1.4.	22:00	Reggae Corner
Sa.	2.4.	22:00	Homophilias
Mo.	4.4.	20:30	**VA**: über libertäres Kulturzentrum und anarchistische Bewegung in Brasilien
Fr.	8.4.	22:00	Elektro-Party
Sa.	9.4.	22:00	FrauenLesben Disco
Do.	14.4.	19:00	**VA**: zum 1. Mai mit Film
		22:00	Fachschaftsparty Sachunterricht
Fr.	15.4.	22:00	Drum`n`Bass Party
Sa.	16.4.	22:00	Männerfabrik
Do.	21.4.	19:30	**VA**: vom AntiRa-Plenum zur Residenzpflicht
Fr.	22.4.	23:00	Goa-Party (Soli für Nicaragua)
Sa.	23.4.	20:00	LuST-Talentschuppen-Party
Mo.	25.4.	20:00	**VA**: Hartz IV & Frauen + MigrantInnen
Di.	26.4.	21:00	redredred konzert: „Callisto“ + „Tephra“
Fr.	29.4.	21:00	Sputnik-Konzert: „Alcohol Fino“
Sa.	26.3.	22:00	Rosa Disco

MAI

So.	1.5.	12:00	I. MAI - DEMO
Mo.	2.5.	21:00	RedRedRed Konzert: A Day in Black & White
Fr.	6.5.	22:00	Reggae Corner
Sa.	7.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty

REGELMÄSSIGE TERMINE

WÖCHENTLICH:

Mo. 18:00 Archiv
Mo. 18:00 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe „Kaluppe“
Do. 18:00 SchülerInnenbündnis „Swimmy“
Do.19:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

MONATLICH:

1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Do. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum

Arbeitsmoral und Familienplanung durch, an denen die Kreditnehmerinnen teilnehmen müssen.

Die wiederum bürgen nicht mit Geld oder Besitz, sondern müssen sich in Gruppen zusammenschließen, deren Mitglieder gegenseitig für die Rückzahlung verantwortlich sind. Die Rückzahlungsquote liegt bei fast 100 Prozent. Und die Grameen Bank floriert. Mit 20 Prozent bewegen sich ihre Zinssätze über denen der traditionellen Banken.

Seit Anfang der neunziger Jahre stilisiert das transnationale Entwicklungsestablishment die Grameen Bank zum Erfolgsrezept schlechthin im Kampf gegen die Armut in der Welt. Die Idee wurde in über 60 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kopiert. Allein in Bangladesh managt die Grameen Bank über 427 000 Gruppen von KleinkreditnehmerInnen, das sind rund 2,5 Millionen SchuldnerInnen. 94 Prozent von ihnen sind Frauen.

Die Weltbank, der IWF und internationale Entwicklungsagenturen begannen, Kleinkredit-NGO finanziell auszustatten wie kaum ein entwicklungspolitisches Projekt zuvor. 1997 initiierte die Grameen Bank den ersten internationalen Kleinkreditgipfel in Washington. Stargast Yunus, der sein Imperium als »Grameen-Familie« bezeichnet, erklärte zur Eröffnung des Gipfels: »Wir feiern hier die Befreiung des Kredits aus der Sklaverei der Bürgschaft. Auf diesem Gipfel sagen wir der Finanzapartheid auf Wiedersehen, erklären den Kredit zum Menschenrecht und setzen einen Prozess in Gang, der die Armut ins Museum schickt.«

In der allgemeinen Euphorie über das Recht der Armen auf Verschuldung gehen kritische Stimmen weitgehend unter. Eine der wenigen Kritikerinnen des Kleinkreditwesens ist die Journalistin Ximena Bedregal aus Mexiko. In einem Beitrag, der in der Zeitschrift Triple Jornada vom Juni 2001 erschien, weist sie darauf hin, dass mit dem Kleinkredithype die neoliberale »Ideologie einer Individualisierung der Schulden« verbunden sei. Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme haben viele verschuldete Länder des Südens die soziale Infrastruktur abgebaut, ihr Wiederaufbau soll nun individuell über den Kleinkredit erfolgen. »Wo keine staatlichen sozialen Sicherungssysteme mehr existieren, vermittelt das Mikrofinanzierungswesen: Wenn du es mit einem Kleinkredit nicht schaffst, bist du für Scheitern und Armut selbst verantwortlich«, schreibt Bedregal.

So spricht auch Yunus nicht über den politischen Kontext seiner Erfolgsstory. Nach dem Staatsstreich in Bangladesh 1975 strich die an die Macht gekommene Militärregierung auf Druck des IWF die staatlichen Subventionen in der Landwirtschaft und schloss ein Drittel der staatlichen Unternehmen. Tausende Familien von land- und arbeitslos gewordenen Bauern und Arbeitern wurden zu den wichtigsten Kunden der Grameen Bank. Am Beispiel der Bank weist Bedregal auch nach, dass es vor allem die Frauen sind, die Kredite für den Ausbau der kommunitären sozialen Infrastruktur aufnehmen und sich damit »zugunsten der Allgemeinheit individuell verschulden«.

Maria Galindo, Lehrbeauftragte der Universität von La Paz, hat eine empirische Studie über das Kleinkreditwesen in Bolivien verfasst. »Wir fanden heraus«, berichtet sie, »dass die Kredite für die Programme, beispielsweise von der Weltbank, mit einem Zinssatz für die Rückzahlung von vier Prozent pro Jahr ins Land kommen. Die Mikrofinanzierungseinrichtungen, die diese Kredite hier verwalten und kanalisieren, vergeben sie zu einem Zinssatz von 36 bis 40 Prozent an die Frauen! Die Gewinne bleiben bei den NGO, und die Klientinnen bleiben auf den Schulden sitzen.«

von stefanie kron

aus der jungle world nr.7

Vorlesekneipe rtf.

25. März 20.30h

Motto: SSW

Antidemokrat und Hitlergegner

Politik im Leben und Werk des A. Paul Weber

Sein Name ist inzwischen etwas in Vergessenheit geraten, doch viele seiner Bilder sind als Klassiker der politischen Karikatur durchaus präsent. Sei es aus dem Geschichtsbuch »Hitler, ein deutsches Verhängnis«, oder eher aus der Verwendung im linken Bewegungskontext das Bild »Rückgrat raus«. Bilder, die selbstverständlich politisch sind, die jedoch auf den ersten Blick nicht den politischen Standpunkt ihres Schöpfers offenbaren. Erst seine Einordnung in einen sowohl zeitgeschichtlich-politischen, als auch ästhetischen Kontext ermöglicht eine politische Standortbestimmung des oft als antifaschistisch missverstandenen Zeichners A. Paul Weber.

A. Paul Weber gehörte zum antisemitisch-antidemokratischem Spektrum in der Weimarer Republik. Dies hinterließ seine Spuren auch in seinen Werken aus der Nachkriegszeit. Weber blieb keineswegs politisch unverstanden, was auch daran zu ermessen ist, dass sich seine Bilder bis heute in der extremen Rechten großer Beliebtheit erfreuen. Bis heute hält sich jedoch auch die Wahrnehmung Webers als eines unpolitischen oder gar linken, auf jeden Fall jedoch, »antifaschistischen« Zeichners.

A. Paul Weber wurde 1893 als Sohn kleinbürgerlicher Eltern im thüringischen Arnstadt geboren. Früh begann Weber zu zeichnen, seine schulischen Leistungen waren eher mittelmäßig. Prägenden Einfluss dürfte Webers Engagement beim Alt- und Jung-Wandervogel gehabt haben. In den diversen Bünden des Wandervogel sammelten sich Jugendliche und junge Erwachsene, um ihrer romantischen Naturverbundenheit Ausdruck zu geben. Doch Fahrten- und Naturabenteuer waren bei einem Teil dieser Bünde zugleich völkisch/national und antimodern determiniert. Weber war als »Führer« im Jung-Wandervogel aktiv. In dieser Zeit entstanden erste pathetische Zeichnungen für den Wandervogel. Nach dem Besuch der Kunstgewerbeschule in Erfurt begann er als Grafiker zu arbeiten.

• • • Etablierung

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges meldete Weber sich als Freiwilliger zu einem Eisenbahnregiment, später wurde er »Kriegszeichner« für die »Zeitung der 10. Armee«. Neben Landser-Romantik schuf Weber in dieser Zeit auch Zeichnungen, welche die deutschen Kriegsziele verherrlichten. So die 1917 im der Jugendbewegung zuzurechnenden Verlag der Wanderschriften-Zentrale erschienenen Postkartenserien »Deutsches Kriegsziel«, »Heil Stoßtrupp« und »Die deutsche Frau in der Heimarmee«. Schon im Krieg ergaben sich erste Kontakte zu Erich Matthes, der ebenfalls dem Wandervogel und der völkisch-agrarromantischen Lebensreformbewegung angehörte. Matthes wollte mit seinem Verlag »den germanischen Gedanken und die Volkstumsbewegung fördern«. Zu den frühen Autoren gehörten u.a. der völkisch-rassistische Gobineau.
Matthes schrieb damals: »Ich warf mich dann auf Rassenhygiene und Rassenpolitik (...) natürlich gab es einige Widerstande und Anpöbeleien deshalb, aber immerhin, die Bücher wurden damals leidlich verkauft«. Matthes und Weber verband das Arbeitsverhältnis ebenso stark, wie die gemeinsamen Wurzeln in der bündischen Wanderjugend.

Zu diesem Kameradenkreis gehörte auch Wilhelm Thost, mit dem Matthes den antisemitischen »Klassiker« »Die Sünde wider das Blut« von Arthur Dinter veröffentlichte. Weber zeichnete hierfür das

Werbeplakat. Hier verwendet Weber die gängigen antisemitischen Stereotypen des »hässlichen Juden«, der als hakennasige Eule, hier als ein Symbol für kopflastige Intelligenz, dargestellt ist. Die dunkle Eule unterdrückt den blonden hellen Jüngling. Die hell/dunkel Auf-teilung der Grafik unterstützt die antisemitische Ikonographie des Bildes. Antisemitische Stereotypen finden sich in einer Reihe von Webers Graphiken. So auch in dem ebenfalls bei Matthes erschienenen Buch »Der Zeitgenosse. Mit den Augen eines alten Wandervogels gesehen« von Hjalmar Kutzleb. In dem 1922 veröffentlichten Buch macht Kutzleb Juden als die Schuldigen für den verlorenen Weltkrieg aus. Der Jude sei es gewesen, der durch sein Werk dem »im Felde unbesiegte(n) deutsche(n) Heer« den Dolchstoß versetzte. Weber illustriert den Band mit den bekannten Stereotypen. Der deutsche Soldat, aufrecht stehend und hell, der Jude gekrümmt, verschlagen von hinten kommend, dunkel und intellektuell.

Eine Darstellung, die sich so auch in dem populärem Werk »Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben« des ehemaligen Sturmbataillonführers des Freikorps Ehrhard Manfred von Killinger findet. Weber illustrierte dieses 1928 in der »Vormarsch-Bücherei« erschienene antisemitische Werk. Hiervon erschienen bis 1942 neun Auflagen. Allerdings erschein der Band ab 1930 im Eher-Verlag, dem Zentralverlag der NSDAP. Zwar wird Weber seiner politischen Tätigkeit wegen in späten Auflagen nicht mehr erwähnt, seine Illustrationen waren dem NS-Regime jedoch genehm.

• • • Widerstand

1928 schloß sich Weber dem sog. Widerstandskreis um Ernst Niekisch an, illustrierte dessen Zeitschrift und entwarf das Signet dieser Bewegung. Seit 1926 gab Ernst Niekisch die Zeitschrift »Widerstand« heraus. Niekisch, der, aus der SPD kommend, sich zum radikalen Nationalisten entwickelte, war ein führender Kopf der nationalrevolutionären Strömung im sogenannten »Neuen Nationalismus« der Weimarer Zeit. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten sah der Nationalrevolutionär Niekisch die Zukunft des Deutschen Volkes im Osten. Für Niekisch wurde der Osten, speziell die kriegskommunistische Phase Sowjetrusslands in den 1920er Jahren, zum Gegenbild zur westlichen Dekadenz und Weichheit. Niekisch propagierte ein Konzept der Deindustrialisierung und des Landlebens, gemischt mit dem Gedanken der »Wehrhaftigkeit« und eines imperialen Drangs nach Osten. Die Bezugnahme auf antimoderne, autoritäre Agrarromantik, zu Blut und Boden und zur Natur sollte für die spätere Bewertung des Werk Webers präsent bleiben. Schon Ende der 1920er Jahre hatte Weber Kontakt zur Landvolkbewegung und entwarf das Titelblatt der Zeitschrift »Blut und Boden«.

In Niekischs Denksystem waren die Nationalsozialisten nicht radikal genug, es mangle ihnen an Konsequenz. Mehrfach warf er ihnen »Parlamentarismus« vor. So formulierte er 1932 in »Hitler - ein deutsches Verhängnis« im Bezug auf die Politik Hitlers 1930 »er marschierte nicht, sondern watete in den Sumpf des Parlamentarismus.« Die Illustrationen des Buches, in dem Niekisch Hitlers Politik verhöhnt, stammen von Weber und gehören zu dessen bekanntesten Werken. Sie dienen immer wieder als Belege für dessen angeblich fast visionären Antifaschismus. Nur im Kontext der »Widerstandsideologie« Niekischs wird jedoch deutlich, dass es sich dabei um eine Kritik an der NS-Bewegung von rechts handelt. Wenn Weber den Nationalsozialismus in der Federzeichnung »Deutsches Verhängnis« als Massengrab darstellt, so ist dies nicht, wie so oft gedeutet, als eine visionäre Prophetie bezüglich der Opfer des Nationalsozialismus zu verstehen. Die Zeichnung kritisiert damit vielmehr das politische Konzept des legalen Weges des Nationalsozialismus zur Macht, das im »Widerstandskreis« Niekischs als politische Sackgasse und letztlich im westlichen Wertesystem gefangen beschrieben wurde. Niekisch kritisiert den nicht stattgefundenen Bruch der NS-Bewegung mit dem alten Nationalismus der bürgerlichen Gesellschaft von rechts. Für Niekisch ließ sich Hitler zu stark auf die alten Eliten ein, statt einen von Niekisch gewünschten Kasernenhofsozialismus politisch zu realisieren. Niekisch redet von »denaturierte (m) Nationalismus für deutsche Haustiere« und behauptet über Hitler, »er geht indes dem Volk nicht voran.« Und so ist es die »Deutsche Revolution«, die in Webers Bild mit wehenden Hakenkreuzfahnen ins Grab wandert. Weber illustriert eine Vielzahl der im Widerstands-Verlag erschienenen Bücher. Ab 1931 ist er Mitherausgeber von Niekischs Widerstand Zeitschrift. Er illustriert jedoch nicht nur die Schriften anderer; mit der Mappe »Grenzkampf« bezieht er 1932 selbst deutlich Stellung. Im Vorwort zu dieser schreibt H. Baethge: »Die Holzschnitte sind von A. Paul Weber als Bausteine für den deutschen Grenzkampfbund geschaffen; sie sollen eine Ausweitung der Tätigkeit dieses Trägers des deutschen Grenzkampfes ermöglichen...« Wurden solche Töne von den Nationalsozialisten gern gehört, so forderte die rechte Kritik an Hitler doch die Reaktion des NS-Staa-tes heraus. Im Jahr 1937 werden 70 Personen der Widerstands-Gruppe verhaftet, darunter auch Weber. Seinen sechsmonatigen Gefängnisaufenthalt beschreibt dieser jedoch als Verweilen in einem »anregenden Atelier«. Der Inhalt von Webers Zeichnungen gefiel und so wurde er als Propagandist wertvoller als im Gefängnis. Weber kann in die USA reisen, zeichnet für den »Illustrierten Beobachter« und für den NS-Kurier. 1944 wird Weber

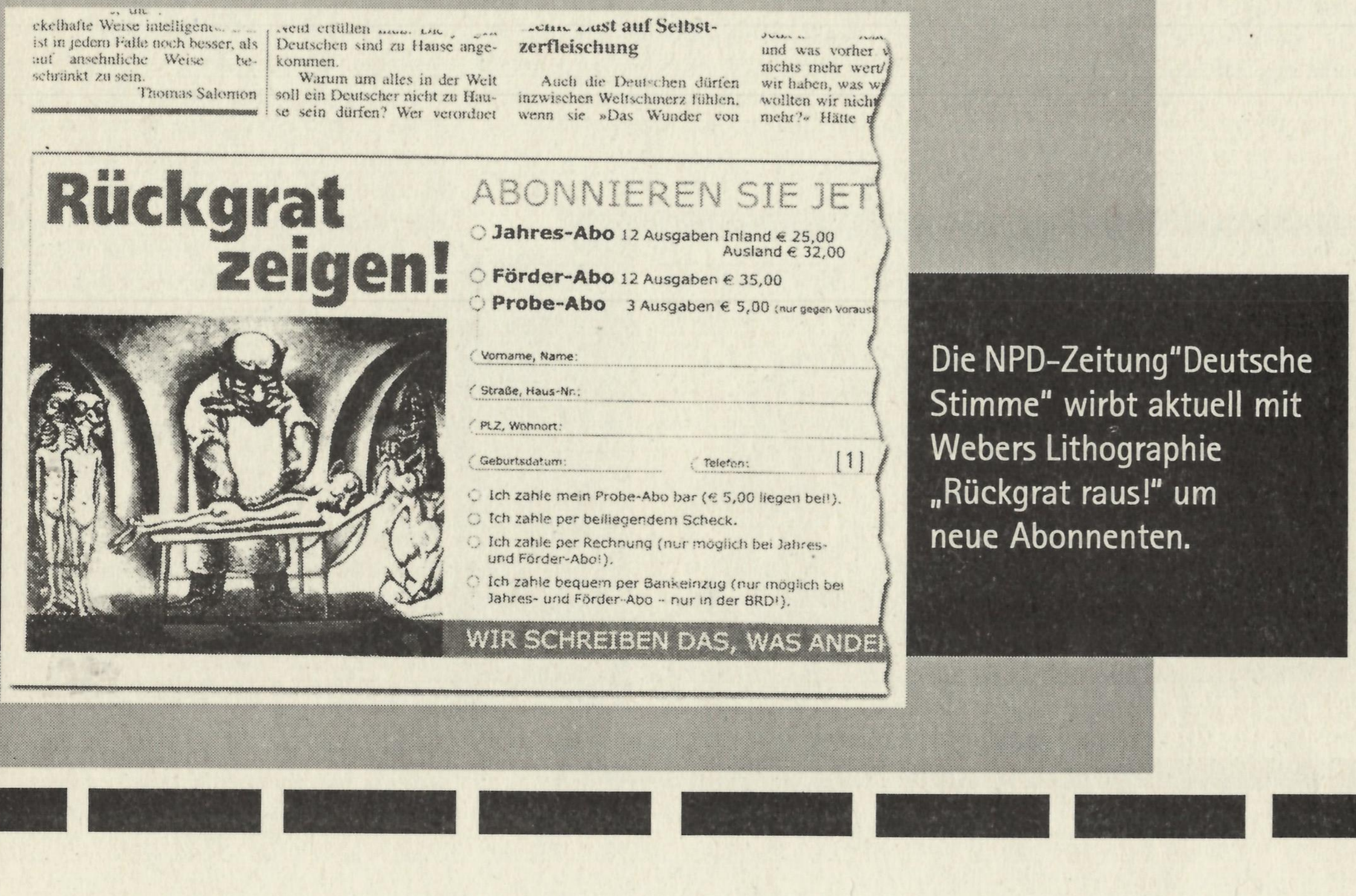
eingezogen und arbeitet für die Wehrmacht als Kartenzeichner weit hinter der Front. Er versucht jedoch dem Dienst zu entkommen und präsentiert seinen Vorgesetzten die britischen Bilder als Beweis seiner Linientreue und seiner propagandistischen Bedeutung. Die britischen Bilder stellen einen Zyklus von ca. 50 Motiven dar, in denen Weber die Briten als fette Börsenmakler, mordende Imperialisten und Vertreter einer todgeweihten Zivilisation darstellt.

• • • Kontinuität

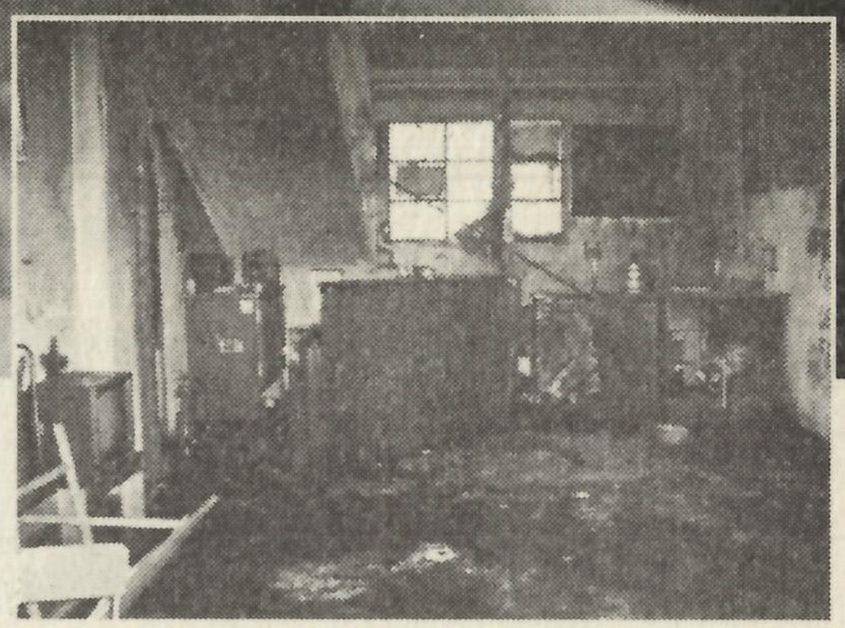
Nach dem Krieg arbeitete Weber problemlos weiter. In seinen Werken fällt auf, dass sie politisch nahtlos an sein Schaffen vor 1945 anknüpften. So die 1948 entstandene Federzeichnung »Die Diskussion im Boot«. Sieben Männer diskutieren in einem vom Untergang bedrohtem Boot, anstatt die Ruder zu ergreifen, und das Boot auf Kurs zu bringen. Die Botschaft ist klar : Parlamentarismus als Quasselbude in einem besetzten Land. Kaum anders, als dass Deutschland besetzt und von der Umerziehung der Alliierten bedroht ist, lässt sich Webers Lithographie »Rückgrat raus!« deuten. Den Deutschen wird ihre Identität, ihr Rückgrat entfernt. Das 1951 veröffentlichte Bild lässt sich als das zeichnerische Pendant zu dem im gleichen Jahr veröffentlichten Roman »Der Fragebogen« von Ernst von Salomon deuten, der die Reeducation- und Entnazifizierungspolitik der Amerikaner anprangert. Doch Webers ideologische Orientierung steht im Widerspruch zur Zeit. Westbindung an die USA und Feindschaft gegen den Osten sind seine Sache nicht. Weber zeichnet Tierbilder und Bilder der zerstörten Natur und Gesellschaft. Bilder, die später im Rahmen der Ökologie und Umweltschutzbewegung populär wurden. Er kritisiert die Ellbogengesellschaft als eine der Bonzen und zeichnet die Gesellschaft der »Bild«-Leser als Schafe. Kein Wunder, dass er bis in die Linke hinein Anerkennung fand. So erschien 1979 bei Elefanten-Press, vielen vermutlich noch durch die Antifa-Edition bekannt, das Buch »Kunst im Widerstand. A. Paul Weber. Politische Zeichnungen seit 1929. Zum Problem von Humanismus und Parteilichkeit.«, welches Weber stringent in einen antifaschistischen Kontext rückte.

Betrachtet man Webers politische Umgebung und sein Werk im Zeitkontext, so muss er als Antidemokrat, Zivilisationskritiker, Antisemit und rechter Gegner Hitlers bezeichnet werden. Teilaspekte dieser Inhalte waren mehr oder weniger stark auch nach 1945 in seinen Werken präsent. Wurde Weber im Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen weit über die Rechte hinweg rezipiert, so beschränkt sich seine Verwendung in letzter Zeit auf Publikationen der Rechten, wie »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« oder die »Junge Freiheit«. Vermutlich werden Webers Bilder in der Linken nicht deshalb nicht mehr verwendet, weil seine inhaltlichen Positionen erkannt wurden, sondern da seine Bilder in ihren inhaltlichen Aussagen gerade nicht aktuell sind. Dass Weber teilweise ein antifaschistisches Image zugeordnet wurde, zeigt die Verkürzung, mit der Teile der Linken die nicht am NS orientierte extreme Rechte betrachten. Webers Werk dokumentiert seine Anhängerschaft zu einer mit dem Nationalsozialismus konkurrierenden autoritären politischen Strömung, welche die Demokratie genauso verachtete wie die Nazis. Leider wird das Wesen gerade dieser rechtsextremen nationalrevolutionären Gruppen zu selten beachtet, was das Entstehen von Widerstandslegenden begünstigt. A. Paul Weber taugt weder als politisches, noch als kulturelles Vorbild, sondern ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch inhaltliche Verkürzungen Fehlinterpretationen entstehen.

aus:
Antifaschistisches Info Blatt, Nr. 65



Brandanschlagsserie auf Centri Sociali in Norditalien



Im letzten Monat hat es in Norditalien, genauer gesagt in der Lombardei, eine Serie von Brandanschlägen auf selbstverwaltete Kulturzentren gegeben.

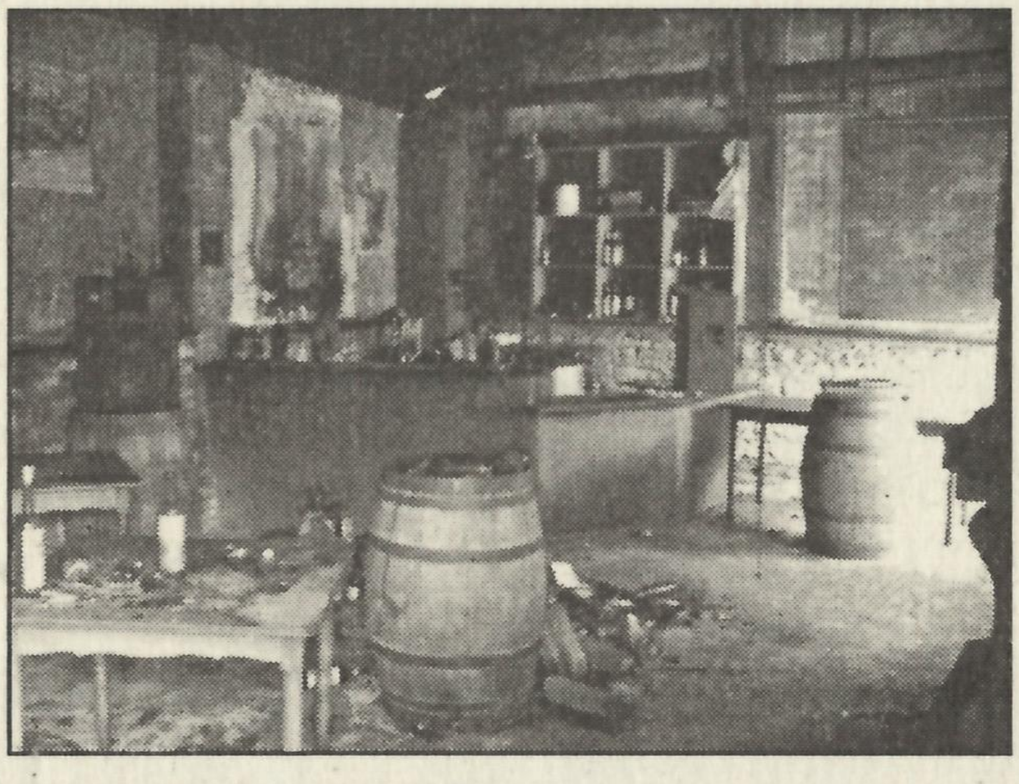
Vermutet werden dahinter militante faschistische Gruppen wie die Forza Nuova, die in den letzten Jahren immer wieder gegen die autonome Zentrums-Bewegung gehetzt hatten. Es kam auch immer wieder zu körperlichen Auseinandersetzungen, die von den Faschisten mit äußerster Härte geführt wurden- Überfälle von Schlägertrupps, die mit Eisenstangen und Messern bewaffnet sind. Dabei wurde in Mailand im März 2003 der 26-jährige Antifaschist Davide Cesare („Dax") mit Messerstichen in den Hals getötet.

In der Nacht vom 20. auf den 21.12. wurde einige Räume des CSA „Paci Paciana" in Bergamo durch Brandstiftung zerstört. Dabei gingen auch die gesamte Videoausrüstung, Server und Rechner des Zentrums in Flammen auf. Aufgebrochene Türen und von den Tätern zurückgelassene Benzinkanister lassen keinen Zweifel an der Brandursache. Die Täterschaft ist für die Leute aus Bergamo klar- nach harten Auseinandersetzungen mit den örtlichen Faschogruppen ist diese Aktion eindeutig als Rache von deren Seite zu sehen. In der Nacht vom 9./10.01. wurde auch die Bar und das Lager des CSA „O.r.so" in Mailand angezündet- wieder heftiger Sachschaden. Trotz eindeutiger Hinweise wie durchgeschnittenem Stacheldrahtschutz am Eingang und dem Fund eines 4-Kilo-Vorschlaghammers geht die ital. Polizei von einem Kurzschluß aus und ignoriert die Angelegenheit.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Januar trifft es das CSA „Magazzino 47" in Brescia, es entstanden schwere Schäden. Wieder trifft es die Bar und Lagerräume des Zentrums, wieder sind eindeutige Spuren von Brandstiftung zu sehen. Der Brandstiftung vorausgegangen war eine Auseinandersetzung, als Faschisten von FN einen Infostand des „Mag. 47" angriffen, aber in der folgenden Schlägerei den Kürzeren zogen.

Erschreckender Mordversuch in der Nacht vom 05. Februar: Das Auto eines Aktivisten wurde vor dem CSA „Paci Paciana" angezündet, während er darin schlief! Der Betroffene wurde durch das Splittern der Seitenscheibe geweckt, als das Auto schon in Flammen stand. Er hat sich unverletzt aus dem Auto retten können, das darauf völlig ausbrannte. Die Polizei leugnet mal wieder Brandstiftung. Es scheinen sich einige Parallelen zwischen den Fällen zu offenbaren: Immer waren den Brandstiftungen Straßenkämpfe oder andere Auseinandersetzungen mit Faschisten vorausgegangen, bei denen diese einstecken mussten. Es wurden anscheinend gezielt Kneipenräume und möglichst viel teure Ausrüstung zerstört, um den Zentren finanziell zu schaden. Die meisten Centri Sociali in Italien unterhalten große Bar- und Kneipenräume, in denen auch Bücher verkauft werden, Kaffee aus Chiapas verkauft wird etc. etc. Damit wurde versucht die finanzielle Grundlage der Centri zu zerstören- eine Brandstiftung ist damit eigentlich außer Frage. Die Brandstiftungen erinnern an die „heißen Jahre" in den 70ern, als faschistische Angriffe auf linke Personen und Institutionen oft tödlich endeten. Die antifaschistische Linke reagiert jetzt mit einer Reihe an Aktionen und Demonstrationen-; die erste war am Samstag dem 12. 2. in Bergamo.

Solidarität mit den Centri Sociali!



Bilder: oben- das „Orso" in Mailand
u.l.- das „Magazzino 47"
u.r- das Auto des Aktivistenin dem er schlief

kommt alle, habt spass und spendet

am sonntag, den 20. März 2005

ab 21h

mit tollen DJ´s

Abschiedsparty

und

NEFO NIEK

(der band die sich ihre tollen lieder nur bei anderen klaut)

das aidszentrum the house of resurrection haven in port elizabeth, südafrika betreut im moment circa 30 HIV-infizierte leute, davon mindestens die hälfte kinder. die anzahl der mitarbeiter wechselt ständig, da viele ehrenamtlich im zentrum arbeiten. das house of resurrection haven bekommt keine staatlichen zuschüsse und finanziert sich nur über spenden, deshalb ist das geld immer knapp. mitte märz fahren wir (3 schülerinnen aus OL) für 3 monate nach port elizabeth, um dort zur schule zu gehen und auch im aidszentrum zu arbeiten. um das zentrum finanziell unterstützen zu können, feiern wir eine abschiedsparty, deren eintrittsgelder wir dann als spenden für das aidszentrum mitnehmen.

im ALHAMBRA

Veranstaltungen

Was fällt dir zu Brasilien ein?

- Ronaldo, Samba, Rio und portugiesisch? Meinst Du das ist alles? Wenn Du mehr über den nicht so bekannten Teil Brasiliens kennenlernen willst, komm am

Montag, 4. April 2005 um 20.30h ins Alhambra:

Vortrag: **Libertäres Kulturzentrum und die anarchistische Bewegung in Fortaleza, Brasilien.**

Bericht mit Dias und Photoaustellung über ein politisches Projekt in Fortaleza im Nordosten Brasiliens. Der Aufbau eines selbstbestimmten Zentrums in einem Viertel außerhalb der reichen Stadtgebiete soll bei diesem Vortrag den Schwerpunkt setzen. Außerdem werden die verschiedenen Strömungen in dem linken Spektrum vorgestellt, so wie eine kurze Einführung in die brasilianische Geschichte! Allerdings möchten wir noch genug Freiraum lassen, um mit Euch zu diskutieren, Ideen auszutauschen und Fragen zu besprechen.

Was ist los mit dem 1. MAI?

Die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und die weitgehende Auflösung sozialer Sicherungssysteme durch Arbeitgeber und Regierung treffen weite Teile der Bevölkerung.

Immer mehr Menschen bangen um ihre soziale Existenzgrundlage. Arbeitgeberorganisationen und - nicht nur rechte - Politiker werden nicht müde, die Gürtel der Betroffenen immer enger zu schnallen.

Betriebsräte und Soziale Initiativen kämpfen vor Ort um einzelne Errungenschaften zurückliegender Klassenauseinandersetzungen. Trotz großer Demonstrationen gegen Sozialabbau und Hartz IV, trotz Streiks in der Autoindustrie: eine breite und durchsetzungsfahige gesellschaftliche Bewegung gegen neoliberalen Wildwuchs, ökologische Verantwortungslosigkeit, soziale Verelendung, kulturelle Verarmung und internationale Konfliktpotentiale hat sich daraus (noch) nicht entwickelt.

Der I. MAI, traditionell ein Tag, an dem Einzelgewerkschaften, DGB und zunehmend soziale und politische Initiativen mit ihren Forderungen die Öffentlichkeit suchen, spiegelt diese Lage wider: Demonstrationen mangelt es an Teilnehmern, Kundgebungen verkümmern zu geselligen Ereignissen und politische Gruppen und Organisatoren streiten sich im Vorfeld, ohne dass sich daraus eine Aktionseinheit für wirksame Aktionen entwickelt.

Was ist los mit dem 1. MAI? Hat der 1. MAI für uns noch eine Bedeutung? Können „Linke" derzeit eine gemeinsame Widerstandsperspektive entwickeln? Liegt der Widerstand in der Verantwortung des Einzelnen oder kleiner Gruppen? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? Muss man sich mit dem „Neoliberalismus" abfinden? Wer macht überhaupt was am 1. MAI in Oldenburg?

Diese und andere Fragen möchten wir mit euch erörtern und anregen, den 1. MAI in Oldenburg kritisch zu diskutieren.

10.04.2005, 11:00 Uhr, in der ALSO, Kaiserstr. 19

Diskussion über Perspektiven des 1. Mai

Veranstalter: Linkes Forum Oldenburg

Kontakt: Linkes Forum, Gernot Koch, Osterkampsweg 184, 26131 Oldenburg, Tel.: 0441/52759. mail: grntkoch@AOL.com

Demonstration

Termine:

märz:

Fr. 4.3. 23:00 Reggae Corner
Sa. 5.3. 22:00 Die 50. Lesbischwule Mottoparty: Pink Heaven
Fr. 11.3. 23:00 Goa-Party
Sa. 12.3. 22:00 FrauenLesben Disco
Do. 17.3. 21:00 Hardcore-Konzert: Jumbow-Jet
Fr. 18.3. 22:00 Club Digital
Sa. 19.3. 22:00 Männerfabrik
So. 20.3. 21:00 Soli-Party fuer ein Kinder-AIDS-Zentrum in Suedafrika
Mo. 21.3. 20:30 La Strada Film: Die neue A-Klasse
Do. 24.3. 23:00 Piraten Club (Techno-Party)
Sa. 26.3. 22:00 Rosa Disco

april:

Fr. 1.4. 22:00 Reggae Corner
Sa. 2.4. 22:00 Homophilias
Fr. 8.4. 22:00 Elektro-Party.
Sa. 9.4. 22:00 FrauenLesben Disco

immer wieder Wöchentlich:

Mo. 18:00 Archiv
Mo. 18:00 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe Kaluppe
Do. 18:00 SchuelerInnenbuendnis Swimmy

Do. 19:00 Vokue, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Do. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum